

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst, Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 30 Pf. Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Ost-Ungarn 2.50. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, U. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 68.

Dresden, Mittwoch den 24. März 1909.

20. Jahrg.

Die Marinechraube.

In England haben die konservativen Gegner des zur Zeit im Ministerium in den letzten Tagen eine gewaltige Herborgerufen, um die Volksmassen für die nächste Wahl zu präparieren. Sie verbreiteten das Gerücht, die englische Regierung habe die Seerüstung des Landes völlig vernachlässigt und England sei einem deutschen Einfall wehrlos preisgegeben; Deutschland hätte in aller Stille eine solche Menge von Dreadnoughts — das sind die größten bisher gebauten Panzerschiffe — auf Stapel gelegt, daß es schon in wenigen Jahren eine Flotte besäße, die die englische Flotte überlegen sei. Nicht nur der englischen Flottenpolitik seit Menschengedenken sei England nicht einmal mehr so stark wie Deutschland allein! Diese Anklage ist falsch. Wenn auch in aller Stille die deutschen Flottenbauten und Ersatzschiffe bis zum Jahre 1917 regeln soll, insofern die Vorkriegsplanung vorzunehmen ist, als man immer größere und größere Schiffe zu bauen begonnen hat, so ist es doch nicht richtig, die Zahl der deutschen Dreadnoughts etwa in drei Jahren zu verdoppeln, als die der englischen. Aber die Widerlegung englischer Gerüchte ist nun wieder ein Anreiz für die Flottenenthusiasten, genau so abenteuerliche Forderungen zu stellen, wie sie jetzt in England kolportiert werden. Dort man 8, 10, 12 Dreadnoughts in einem Jahre; hier nimmt die phantastischen Forderungen zum Vorwand für ähnliche Forderungen. Die Panzerschiffe des neuesten Typus kosten rund 28 Millionen Mark, werden aber vermutlich in 10 Jahren über 40 Millionen Mark kosten. Noch im letzten Jahre 1908 rechnete man mit Panzerschiffen im Höchstwert von 25 Millionen Mark. Mit der Größe des Schiffes steigt die Geschwindigkeit und der Gewalt der Feuerkraft steigt sich die Kosten nicht proportional sondern überproportional, d. h. ein um die Hälfte größeres Schiff kostet nicht die Hälfte mehr, sondern über das Doppelte mehr. Wenn man also in zehn Jahren zu einem Schiffswert von 50 Millionen Mark, der Stück für Stück keine 50 Millionen Mark

betragen kann nicht so weitergehen. Das sagen nicht nur wir, die konservativen „Vaterlandlosen“, denen man das Verständnis für die nationale Politik abspriht, sondern das sagen auch Leute, die in anderen Dingen sich für die Sache der Handelsmarine interessieren. So hat erst unlängst die Handelsmarine in einer Eingabe an den Reichstag in Sachen der Seerüstung ausdrücklich erklärt, die Steigerung der Schiffbaukosten mache jede Reform der Reichsfinanzen von vornherein unmöglich; wenn man nicht zu einer Verringerung der Seerüstung komme, müßte man in wenigen Jahren dem Volke Hunderte von Millionen neuer Steuern zunehmen. Das ist richtig. Die Handelsmarine zu Altona sieht an der Sache; sie kann die Sache gewiß sachkundig beurteilen. Wie immer Herr Friedrich Engelst schon vor Jahrzehnten vorausgesagt hat, geht der Militarismus an seinen eigenen Ubertreibungen zu Grunde. Die Rüstungen nehmen einen so großen Teil der Ausgaben ein, daß schließlich nichts mehr übrig bleibt, als die Steuern zu erhöhen.

So verworren ist es, daß das Ministerium Bülows Idee einer Beschränkung der Rüstungen aufgegriffen hat, die englische Regierung wiederholt an die Hand gab. Deutschland sucht man sich jetzt damit herauszureden, der englische Flottenbau, die Seerüstungen beider Länder einzuschränken, sei erstens nicht gemacht worden und zweitens nur dem Bedürfnis der Seerüstungen. So etwa hat sich auch am Dienstag der Reichstag v. Schoen in der Budgetkommission des Reichstags ausgesprochen. Welche Einwendungen sind aber nicht, wenn nicht überprüfbar. Natürlich konnte die englische Regierung die der Idee ins Haus fallen und aus ihrer Ansicht eine Staatsaktion machen. Wäre ein genau formulierter Vorschlag der englischen Regierung von der Reichsregierung angenommen worden, so hätte sich daraus in den Umständen zweifellos eine Verschlimmerung der Lage ergeben, die zu vermeiden im Interesse beider Länder liegt. Und jener Vorschlag soll den Bedürfnissen der Seerüstungen entsprechen? Nun ja: Entspricht er oder nicht dem Interesse Deutschlands? Selbstverständlich! England hat seine Kraft in der See verloren und sein Interesse an der See ist genau so groß wie Deutschlands.

Land. Was England dient, dient in diesem Falle auch unserem Lande. Mögen sich die kurzfristigen, von einem falschen Patriotismus irreführten Freunde der Regierung, mögen sich die eigennütigen gutbezahlten Panzerplattenfabrikanten mit aller Kraft sträuben — der Gedanke greift in allen zivilisierten Völkern am sich, daß den ziellosen Rüstungen ein Ende bereitet werden muß. Es ist für Nationen unwürdig, sich widerstandslos einem blinden Verhängnis zu überlassen. Sie dürfen nicht zugeben, daß sich die Schraube ohne Ende ihnen ins Jucken Fleisch bohrt, dürfen nicht tatenlos dem Tage abwarten, wo sie schließlich voller Verzweiflung ausrufen: „Nieder ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.“

In den gewaltigen Volksmassen haben wir drüben sieht eine tiefe Friedenssehnsucht. Wir wollen keine kriegerischen Eroberungen, sondern wir wollen eine menschenwürdige Ausgestaltung des eigenen Lebens, das ebenjenseitig von den Engländern bedroht wird, wie wir das der Engländer bedrohen. Darum wird die Haltung Bülow's und seiner Trabanten in dieser Frage der Rüstungsbeschränkung als ein schwerer Schuldposten auf das Konto gebucht. Dieser Kanzler, der in seiner ganzen Regierungszeit unser Volk von Niederlage zu Niederlage geführt hat, der zur Verbedung der Sünden seiner Politik eine unerhörte Steigerung der Kosten des Volkes veranlaßt hat, dieser Mann hat auch in der wichtigsten Frage, die ihm vorgelegt werden konnte, versagt. Wir sind darüber nicht erstaunt, da wir in ihm stets den gefährlichsten Volksfeind gesehen und bekämpft haben; aber wir werden alles tun, um ihm das Handwerk zu legen und unserer Forderung friedlicher Verständigung der Nationen mehr als bisher Nachdruck zu verleihen.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Erweiterter Bericht unserer gestrigen Telegramme.

Zum Neben gesprochen. — Schoen, der Mann der schönen leeren Worte. — Das Chauvinistenministerium: Arndt der Parinestratione, Orlola der Kriegsgraf und Eichhoff der Rattenoberlehrer. — Wieder eine verpasste Gelegenheit. — Quern, huren! Alles benötigt!

Über die deutsch-englischen Verhandlungen betreffend die Beschränkung der Flottenbauten hat die Regierung sich endlich am Dienstag in der Budgetkommission des Reichstags geäußert. Die Kommission hat die Regierung zum Sprechen gezwungen, indem sie den Etat des Reichsanwalts auf die Tagesordnung setzte. Der Reichsanwalt erschien allerdings nicht in der Kommission nicht. Er hat den Staatssekretär des Reichsanwalts v. Schoen und seinen Unterstaatssekretär v. Roedel geschickt.

Die Debatte leitete der Nationalliberale Dr. Semler ein. Es sei nicht richtig, daß Deutschland seinen Flottenbau über die gesetzliche Bestimmung hinaus ausdehnen wolle. Schließlich aus geschäftlichen Gründen seien einige Schritte früher in Angriff zu nehmen.

Staatssekretär Freiherr v. Schoen gab darauf im Namen des Reichsanwalts folgende Erklärung ab:

„Die englische Regierung hat zwar ihre Bereitwilligkeit zu einer deutsch-englischen Verständigung über Umfang und Kosten der Flottenbauten in allgemeiner Weise zu erkennen gegeben, sie hat aber keine dasin gehenden formellen Antrag gestellt. In den unerbittlichen Gesprächen, die über diese Frage zwischen uns und den deutschen und englischen Persönlichkeiten stattgefunden haben, ist niemals ein englischer Vorschlag hervorgetreten, der nach unserer Auffassung als Basis für eine militärische Verhandlung hätte dienen können. Im Verkehr zwischen befreundeten Regierungen pflegt es zu werden, formelle Anträge zu stellen, deren Berücksichtigung zweifelhaft erscheint. Die englische Regierung hat es wohl aus diesem Grunde vermieden, einen formellen Antrag an uns zu richten, und wir haben daher keine Stellung zu einem solchen Antrag zu nehmen gehabt. Die Gründe für unsere abweisende Haltung gegenüber dem Gedanken einer allgemeinen Einschränkung der Rüstungen zur See sind am 10. Dezember vorigen Jahres vom Reichsanwalt im Reichstag dargelegt worden. Sie gelten selbstverständlich auch für etwaige Abmachungen unter einzelnen Mächten. Unter geschäftlich festgelegter Flottenbau ist ausschließlich nach unserem eigenen Schutzbefürden zu bemessen und stellt keine Bedrohung irgendeiner Nation dar, wie schon wiederholt von uns betont worden ist.“

Graf Opperhoff (Zentr.) ist von der Erklärung nicht befriedigt und wünscht, daß näher dargelegt wird, in welcher Form die englischen Vorschläge erfolgten. Er rät, auf engere Führung der Reichsanwalts zu sehen, damit es nicht wieder vorkommt, daß wie bei dieser Gelegenheit der Staatssekretär v. Arndt Erklärungen abgibt, die den Tatsachen nicht entsprechen.

Abg. Singer (Soz.) betont, was jetzt die Kommission durch Schoen's Erklärung erfahren habe, hätte nicht sofort, als er gefragt wurde, mitteilen müssen, damit nicht erst in England große Aufregung entstehen konnte. Der Redner protestiert dagegen, daß die Regierung sich gegenüber dem Reichstag und dem Volke geheimniskrämerisch betreibt und sich auch jetzt wieder baggert heimlich, die geforderte Auskunft zu geben. Ein Vorwurf sei der Regierung zu machen, daß sie sich nicht auf weitere Erörterungen mit England über die Verständigung eingelassen hat, wenn auch ein formeller Antrag nicht vorlag. Die öffentliche Meinung in den anderen Ländern werde nicht auf seinen Deutschland sein,

nachdem die deutsche Regierung sich nicht geneigt gezeigt hat, eine Verständigung anzubahnen zu lassen. Die Regierung betreibt eine Politik der Zweideutigkeit, die nicht im Interesse des deutschen Volkes liegt. Im deutschen Volke besteht allseitig der Wunsch, mit England zur Verständigung zu gelangen und im Frieden zu leben.

Abg. Herr zu Putlitz (kons.) erklärt, nur als Schutzmittel sei die Flotte notwendig und gebaut worden. Deshalb könne vom Flottengesetz nicht abgegangen werden. Darüber zu reden, was später geschehen solle, sei zwecklos.

Dr. Arndt (Reichsp.) findet, durch die Erklärung des Staatssekretärs sei die Sache zugunsten Deutschlands aufgeklärt worden. England komme es darauf an, daß Deutschland seinen Flottenbau einschränke, seine Schiffszahl vermindere. Es sei indiskutabel, das Flottengesetz nicht einzuführen.

Graf Orlola (natl.) versichert, seine Partei werde unbedingt am Flottengesetz und dem planmäßigen Ausbau der Flotte festhalten. Die Abrüstung könne nur international bewirkt werden. Auch andere Länder bauen ihre Flotte aus. Warum wende England sich nicht an Amerika wegen Beschränkung der Flottenrüstung? Nur dem deutschen Reich werde ein solches Ansuchen gemacht. Darauf werde die deutsche Regierung hoffentlich nicht herabsehen. Er bilde das Verhalten der Regierung durchaus. England brauche sich nicht beunruhigt zu fühlen.

Erzberger (Zentr.) findet, die deutsche Politik sei um eine verpasste Gelegenheit reicher. Staatssekretär v. Schoen habe früher nicht offen Auskunft gegeben. Schoen solle, eventuell vertraulich, den Inhalt der mit englischen maßgebenden Personen geführten Gespräche angeben, auch mitteilen, welcher Art die englischen Vorschläge waren.

Storz (libd. Volksp.) will ebenfalls keine Aenderung des Flottengesetzes. Die Erklärung der Regierung, die im Auslande keinen guten Eindruck hervorgerufen werde, befriedige ihn nicht. Er fürchte haben eine Stärkung der Kriegspartei in England.

Staatssekretär v. Schoen will bei dem heissen Charakter der Frage nur weitere Mitteilungen machen, die oberflächlicher Natur sein werden, wenn die Geheimhaltung beibehalten wird. Die wenigen Sätze, die er dann spricht und die geheim zu halten sind, erregen bei den Sozialdemokraten deswegen Heftigkeit, weil sie recht nichtig sind. Mit großem Pathos gibt er dann dem Wunsch Ausdruck, daß die deutsch-englischen Beziehungen sich immer inniger gestalten möchten.

Abg. Ledebour (Soz.) weist nach, daß England wiederholt Fühlung mit der deutschen Regierung wegen einer Verständigung gesucht, daß aber ebenso oft die deutsche Regierung sich zurückziehend ausgesprochen hat. Die Regierung hätte sich im Prinzip bereit erklären müssen, in Verhandlungen einzutreten. Englands Verhalten an der Spitze im Jahre 1906 erzeuge allerdings eine Verständigung. Verleihe England auf die Kaperei, so liege kein Grund mehr vor, zum Schutze des Handels Kriegsschiffe zu bauen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg findet nichts an dem Verhalten der Regierung zu tadeln. Der Reichstag sollte sich bis auf den letzten Mann an die Seite der Regierung stellen.

Dr. Eichhoff (freis. Volksp.) hält die Erklärung formell und materiell für völlig befriedigend. Nach 1912 könnte an eine Verständigung gedacht werden.

Die Diskussion wird geschlossen. Es werden gegen die sozialdemokratischen Stimmen alle Forderungen auf Umbauten bewilligt.

Was ist's mit dem Grafen Wolff-Metternich?

Aus den Mitteilungen, die der Staatssekretär des Auswärtigen vom Reichsanwalt zu machen beauftragt war, geht zunächst hervor, daß der Marinechraube v. Tirpitz schlecht unterrichtet war, als er vor einigen Tagen in der Budgetkommission behauptete, von englischer Seite sei nie ein Vorschlag zur Verständigung über Umfang und Kosten der Flottenbauten an die deutsche Regierung gelangt. Wichtig ist vielmehr — und das war auch schon vor der neuesten Regierungserklärung bekannt —, daß die liberale englische Regierung wiederholt mit Anregungen zu einer solchen Verständigung an Deutschland herangetreten war, daß aber die scharfe Ablehnung, auf die sie hier sofort stieß, sie von vornherein an der Stellung eines formellen Antrags hinderte.

So weit ist nun wenigstens Klarheit über den Stand der Dinge, die durch den Staatssekretär Tirpitz verursacht wurden, wieder hergestellt.

Jedoch ist aufs dringendste Aufforderung zu fordern über die Vorgänge, die zu den Erklärungen des englischen Premierministers Asquith über die Beschränkung der deutschen Flottenbauten geführt haben. Diese Erklärungen sind es ja, die in England eine so große Panik hervorriefen, daß die liberale Regierung sich kaum noch der konservativen Opposition zu erwehren vermag, die förmlich nach einer schnelleren Flottenrüstung verlangt zur Begegnung der von Deutschland angeblich drohenden Gefahr.

Obgleich nämlich eine Verständigung über das beiderseitige Flottenprogramm von deutscher Seite abgelehnt worden war, soll es, englischen Zeitungsberichten zufolge, zwischen den beiden Mächten zu einem lebhaften inoffiziellen Meinungsaustausch über das Tempo der Flottenrüstungen gekommen sein, und bei dieser Gelegenheit, so wird behauptet, habe der deutsche Botschafter in London, Graf Wolff-Metternich, die englische Regierung wissen lassen, daß Deutschland das Tempo seiner Rüstungen keineswegs zu beschleunigen gedenke. Das war im November 1908. Bald darauf erfuhr aber der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, daß auf den deutschen Werften mit Hochdruck gearbeitet werde, und er erwähnte dies dem deutschen Botschafter gegenüber. Dieser erklärte zunächst, er sei nicht informiert, und teilte nach einigen Tagen der englischen Regierung mit, die deutsche Marineverwaltung sei nicht über das Jahresprogramm hinausgegangen, auch habe keine wesentliche (1)

Beilebung im Bau der Schiffe stattgefunden. Im ganzen nach dem Daily Graphic Graf Wolff-Metternich der englischen Regierung drei dem Inhalt nach verschiedene Mitteilungen über den Stand der deutschen Marinebauten gemacht haben.

Der Reichsfinanzminister wird wohl nicht umhin können, diesen sehr verwickelten Tatbestand etwas weiter aufzuklären, und es würde gut tun, das rasch zu tun, damit die deutsche Regierung nicht vor der Welt in den schlimmsten Verdacht kommt, Untreue gelübt und mit falschen Vorwürfen gearbeitet zu haben.

Wie liegen nun die Dinge wirklich? Was Graf Wolff-Metternich mit Sir Edward Grey geredet hat, können wir natürlich zunächst nicht wissen, ebensowenig, ob vielleicht bis in die letzte Zeit nach der Methode des Tweedmouth-Briefs weitergearbeitet worden ist. Möglicherweise stehen uns hierüber noch einige weitere mehr oder minder angenehme Enthüllungen bevor. Das deutsche Flottenprogramm ist seit 1908 nicht erweitert worden, wohl aber wurden, wie der Berichterstatter Dr. Semler heute in der Budgetkommission erklärte, lediglich aus geschäftlichen Gründen einige Schiffe früher in Auftrag gegeben. Das Tempo der deutschen Flottenrüstungen wird also tatsächlich beschleunigt, und hätte der deutsche Vorschlag in London wirklich jene Erklärung vom November v. J. abgegeben, die ihm Daily Graphic zuschreibt, so hätte er damit etwas objektiv Umgekehrt gesagt. Die sonst ziemlich unverständliche Erregung in England wäre damit einigermaßen begrifflich geworden.

Britische Stimmungen.

London, 23. März. (S. T.) In diplomatischen Kreisen betont man hier, daß Deutschland, was es auch tun möge, um das Vertrauen Englands zu erlangen, sich so lange vergeblich bemühe, als es sich nicht mit England über die Flottenfrage einigt. Da Deutschland nicht daran denken könne, mit England zu konkurrieren, das bis zum letzten Jahrgang für die Ueberlegenheit seiner Flotte kämpfen würde, so sei eine Verständigung durchaus ratsam. Es würde schon genügen, wenn sich Deutschland für den Zeitabschnitt bis zum Jahr 1912 zu einer entsprechend jährlichen Reduktion verpflichten würde. Das würde auch eine bessere Bürgschaft der deutschen Freundschaft für England sein als alle Versuchsaustausche. Man zweifelt in sehr kompetenten Kreisen nicht daran, daß die Neuwahlen unter dem Druck der Flottenpanik zugunsten der den beschleunigten Flottenbau fordernden Konservativen ausfallen würden.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag beendete am Dienstag die Beratung des Militäretats. Die durchaus nicht etwa erbaulichen Zustände, die der Militarismus in seinen fiskalischen Werkstätten schafft, wurden von den Genossen Jubel und Wölle mit Sachkenntnis und wirksamer Schärfe gezeigelt, worauf die bekannten Ausreden der Militärverwaltung erfolgten. Eine Reihe Beschwerden und Wünsche wurde von Zentrumsabgeordneten, namentlich Süddeutschen, vorgelesen. Die Resolution zur Vereinfachung des Artilleriedepotwesens wurde von Kampfsportminister nationaler Kritik für abgelehnt erklärt. Die Furcht vor einer Abmilderung führte zur Erledigung des gesamten Militäretats an diesem Tage.

Am Mittwoch kommt der Rest des Wassermilitarismus an die Reihe.

Zur Regelung der Heimarbeiter.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle beschäftigte sich in der Sitzung am Dienstag mit dem Kapitel der Hausarbeit. Unsere Genossen beantragten etwa § 139 a in folgender Fassung: „Die Bestimmungen der §§ 139 a bis 139 y finden auf Heimarbeiter, Hausarbeiter und Hausgewerbetreibende Anwendung. Im Sinne dieses Gesetzes sind: a) Heimarbeiter die Personen, die allein oder mit Familienangehörigen in der eigenen Wohnung oder in fremder Arbeitsstätte (Familienviertel) im Auftrag und für Rechnung von Unternehmern oder Hausgewerbetreibenden gewerblich tätig sind, und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen, b) Hausarbeiter die Personen, die im Auftrag und für Rechnung von Hausgewerbetreibenden in deren Wohnung oder Arbeitsstätte gewerblich tätig sind, und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen, c) Hausgewerbetreibende die Personen, die im Auftrag und für Rechnung von Unternehmern oder vorübergehend für eigene Rechnung in eigener oder fremder Wohnung oder Arbeitsstätte Hausarbeiter oder Heimarbeiter beschäftigen.“

Genosse Wollenbaur weist darauf hin, daß die Regierungsvorlage eine ungenügende Definition des Begriffs „Heimarbeiter“ gibt. Unser Antrag will den Begriff Heimarbeiter weiter ausdehnen, um nicht nur die Familienbetriebe, wie es die Regierungsvorlage will, sondern auch die Zwischenmeister zu erfassen.

Ein Regierungsvorläufer wendet sich gegen den Antrag, der ganz unannehmbar sei. Genosse Schmidt (Berlin) begründet den Antrag unserer Genossen mit dem Hinweis auf die Gesetzesvorschriften im Ausland. Wenn man die Registrierpflicht einführen wollte, die die Anforderung stellt, daß jeder Betrieb der Heimarbeiter angeht, so muß man auch die kleinen Betriebe der Heimarbeiter mit erfassen, nicht aber nur Familienbetriebe. Das gleiche ist notwendig, um unseren Antrag, der die Einführung von Lohnkommissionen bezweckt, zur Durchführung zu bringen. Denn die wirtschaftliche Verbesserung der Heimarbeiter ist durch eine Lohnfestsetzung am ersten zu erreichen, da die Arbeiter der Heimarbeiter für die Gewerkschaft sehr schwer zu erlangen sind. Ohne Gewerkschaft bleibt aber die Lohnfestsetzung der Willkür der Großkaufleute überlassen, die einen schweren Lohnbruch auf die Heimarbeiter ausüben.

Abg. Dike (Pentr.) hält die Schwierigkeiten dieser Definition für Heimarbeiter, wie sie der Antrag der Sozialdemokraten beivort, für sehr groß, und wendet sich deshalb gegen diesen Antrag. Genosse Stadthagen kritisiert an der Hand einer Reihe Entscheidungen die Unklarheit der Rechtslage, die eine zweckmäßige Regelung des Begriffs „Heimarbeiter“ verhindert. Vor allem soll festgehalten werden, daß Heimarbeiter Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung sind. Damit würde die Rechtsstellung dieser Arbeiter klar gestellt sein. Der Antrag unserer Genossen wird gegen die Stimmen unserer Parteigenossen und der Polen abgelehnt.

Bei § 139 p wird vom Zentrum beantragt, daß nicht nur der Unternehmer, wie es die Regierungsvorlage will, sondern auch die Arbeitgeber die Befugnis hat, das Ausschließen von Lohnsätzen zu verhindern.

Unsere Parteigenossen beantragen die allgemeine Einführung von Lohnsätzen für alle Heimarbeiter. Die Bestimmung soll, wie Wollenbaur vorgeschlagen, dem Arbeiter die Sicherheit geben, eine Ueberbrot über den Lohn zu haben. Rang (freis.) wendet sich gegen den Antrag, die Durchführung sei zu schwierig. Sander (freis.) will die Einführung der Lohnsätze allgemein nicht durchführen. Für die Sonnenberger Spielwarenindustrie sei die Einführung der Lohnsätze bei den vielen Meistern unmöglich, und auch Lohnsätzen könnten nicht gefordert werden. Unsere Genossen antworten ihren Antrag dahin:

„Unternehmer, die Hausarbeiter der in § 139 n aufgeführten Art beschäftigen, haben jedem Hausarbeiter bei Uebergabe der Arbeit ein Lohnbuch oder einen Arbeitszettel zu übergeben. Auf dieses Lohnbuch und den Arbeitszettel sind die Bestimmungen des § 114 a der Gewerbeordnung entsprechend Anwendung. Das Lohnbuch oder der Arbeitszettel bleibt in den Händen des Hausarbeiters. Die Uebergabe von Lohnbüchern und Arbeitszetteln ist nicht erforderlich, wenn Tarifierträge über die Lohnhöhe vorliegen oder in den Räumen, wo die Hausarbeit ausgeübt wird, Lohnsätzen aushängen, die die Höhe des Lohnes klar ersichtlich machen.“

Bei der Abstimmung wird der Antrag unserer Parteigenossen, den § 139 n bis 3, angenommen, der Absatz 4 abgelehnt. Ferner wird der Antrag des Zentrums angenommen, daß auch die Polizeibehörde die Befugnis haben soll, die Ausschließen der Lohnsätzen für bestimmte Gewerbe ihres Bezirks zu verhindern.

Zur Debatte steht hierauf der § 139 g, der den Polizeibehörden die Befugnis gibt, wenn Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter vorliegen, eine Reihe von Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter zu verordnen. Abg. Dike (Zentrum) will die Befugnis der Polizeibehörde allgemein erteilen, ohne daß die Befugnis der Gewerbebehörde für die Befugnis der Heimarbeiter eine Befugnis von Leben und Gesundheit vorliegt.

Ein dahingehender Antrag des Zentrums wird von der Kommission angenommen. Die Kommission verlegt sich dann auf unbestimmte Zeit.

Die Arbeitskammervorlage

ist in der ersten Lesung in der Kommission verschiedentlich abgeändert worden. Die wichtigsten Änderungen sind die folgenden:

Der Arbeitskammer wird die Befugnis erteilt, als eigener Initiativ Enqueten über ihr zugehörige Fragen zu veranstalten, sie kann auch auf Anfragen der Beteiligten beim Abschluß von Tarifverträgen mitwirken und die Errichtung von paritätischen Arbeitsämtern zu bewirken.

Für den Fall, daß Arbeiter, die in einen Streit verwickelt sind, in den Bezirken mehrerer Gewerbegebiete arbeiten, können sie sowohl Arbeitskammer als Gewerbegericht, selbstverständlich aber nur eines von beiden in Anspruch nehmen.

Die Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker sollen nicht, wie die Vorlage wollte, unter der Zuständigkeit der Arbeitskammern stehen, dafür sind die Eisenbahnarbeiter den Arbeitskammern unterstellt worden. Die Regierung will sich dieser Bestimmung auf keinen Fall beugen.

Das aktive Wahlrecht soll nicht mit dem 25., sondern mit dem 21. Lebensjahr beginnen, dementsprechend das passive Wahlrecht mit dem 30., mit dem 25. Jahre.

Die Kommission hat weiter beschlossen, die Wählbarkeit der Unternehmer- und Arbeitersekretäre (Organisationssekretäre) zu proklamieren.

Die Öffentlichkeit der Verhandlungen der Kammern blieb nach der Vorlage bestehen, auf Verlangen von einem Drittel der Mitglieder können geheime Abstimmungen stattfinden.

Die Brantweinsteuer. In der Finanzkommission des Reichstages begann am Dienstag die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Brantweinsteuer, wie er von der Subkommission ausgearbeitet wurde. Kommissionspräsident und Zentrum treten gegen diesen Entwurf für Beibehaltung der Kontingentspannung von 20 M. für das Galloliter, also für die Beibehaltung der Viebelgaben an die Brantweinbrenner, ein. Abg. Spert erklärt, für das Zentrum sei der Entwurf unannehmbar, wenn jene Spannung beibehalten werde. Die Freisinnigen beantragen die allmähliche Beseitigung der Viebelgaben: Derhebung der Spannung bis auf 5 M. für 1919. Die Regierung tritt für ihre Monopolvorlage ein, will aber an dem vorliegenden Gesetzesentwurf mitwirken, um auf Grund der Vorlage der Subkommission möglichst etwas Annehmbares zustande zu bringen. Mindestens aber muß die Brantweinsteuer 100 Millionen neuer Steuern ergeben. Der bayerische Bundesratsvertreter v. Kohl erklärt, die bayerische Regierung könne dem Entwurf der Subkommission nicht zustimmen. Sie fordere Beibehaltung der bisherigen Spannung von 20 M. Auch die Vertreter Württembergs und Wodens erklärten den Entwurf für unannehmbar. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man auf den Monopolentwurf der Regierung zurückgreift. (Wiederholt aus einem Teil der gestrigen Ansätze.)

Nach einer Meldung der Zentrum-Germania soll die Durchführung der Finanzreform auf folgender Grundlage durch die Blockparteien gesichert sein:

Der Gesamtneubau wird auf 450 Millionen bemessen; davon kommen jedoch in Höhe 60 Millionen, weil die Fahrtensteuer und Zuckerversteuer in ihrer bisherigen Höhe erhalten bleiben sollen. Der Rest von 390 Millionen soll wie folgt aufgebracht werden: 25 Mill. durch Erhöhung der Matrularbeiträge, 100 Mill. durch eine Besitzsteuer, ebenfalls in welcher Form, voraussichtlich durch Besteuerung der Erbschaften an Kinder und Ehegatten, und 305 Mill. durch Abschaffung resp. Neueinführung folgender indirekten Steuern:

Steuern	mehr 100 Millionen
Brantweinsteuer	100
Zahls- und Zigarettensteuer	50
Kaffeesoll	40
Zinsholsteuer	15

Die veränderte Geschäftsordnungskommission des Reichstages legte am Dienstag, wie bereits kurz gemeldet, die Verhandlung des Antrages Dr. Müller-Reinigen (freis. Volksp.) und Dr. Jund (natl.) über die sogenannten kleinen Interpellationen vor.

Bei der Abstimmung wurden zunächst die ersten vier Absätze im wesentlichen nach dem Antrage Müller-Reinigen und Jund angenommen. Gehten wurde in diesem Antrag die Unzulässigkeit von Anfragen, die ein schwebendes Verwaltungsgerichtsverfahren betreffen, und auf Antrag eines Zentrumsabgeordneten wurde eingefügt, daß auf eine Anfrage, die der Präsident für sich, zulässig erachtet, dem Fragesteller auf Verlangen Bescheid zu erteilen ist. Der Fragesteller soll die Entscheidung des Reichstages anrufen können, wenn er der Beanstandung, die seine Anfrage gefunden hat, nicht selbst abhelfen zu können glaubt. Dann wurde über den fünften Absatz abgestimmt, der die Bestimmung über die Befristung der für die kurzen Anfragen zu verwendenden Zeit enthält, also damit diese Anfragen erst zu „kurzen Anfragen“ streift. Es wurde durch eine Mehrheit aus der Mitte und dem Zentrum festgestellt, daß für die Erledigung der kurzen Anfragen an zwei Sitzungstagen jeder Woche je 6 Minuten verwendet werden dürfen. Nachdem so die Prinzipien festgelegt waren, stimmte das Zentrum plötzlich gegen diesen Absatz und machte dadurch, daß dieser Absatz abgelehnt wurde, den ganzen Antrag unannehmbar. Es war hier wie bei den vorhergehenden Verhandlungen der veränderten Geschäftsordnungskommission: obwohl in sämtlichen einzelnen Fragen die Mehrheit mit Hilfe des Zentrums gebildet war, stimmte es dann plötzlich gegen sämtliche Beschlüsse und brachte so den ganzen gesetzgeberischen Gedanken zu Fall. Am Dienstag soll der Bericht festgestellt werden.

Zur Frage der Schiffsabgaben.

Es soll jetzt als sicher anzunehmen sein, daß der preussische Antrag auf Einführung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen eine Mehrheit im Bundesrat finden und somit in dieser Körperlichkeit zur Annahme gelangen wird. Wenn einzelne Bundesstaaten — Sachsen und Baden zum Beispiel — ihre Stimmen gegen die preussische Vorlage abgeben werden, so würden im ganzen doch nicht von den Gegnern des Entwurfs 14 Stimmen aufgebracht werden, die sich dagegen erklären, so daß die Durchbringung der Vorlage gesichert erscheint. Mit den ausländischen Staaten würden erst Verhandlungen angeknüpft werden, wenn die Vorlage im Bundesrat und Reichstag zur Annahme gelangt sei. Bisher hätten Unterabgaben in Auslandsstaaten noch nicht stattgefunden.

Das Mandat des Abgeordneten v. Rappengut von der Wahlprüfungskommission des Reichstages für den Wahlkreis C₁ und C₂ (Sachsen) und 884 Stimmen gegen 6244 antifeimische, 1039 sozialdemokratische und 884 freisinnige Stimmen gewählt worden. Rappengut wurde im Wahlkreis von dem Antifeimischen Großdeutschen gewählt.

Bauarbeiter-Konferenz. Die Arbeiter-Konferenz der Bauarbeiter-Konferenz, die sich mit der Frage des Ausbaus der Bauarbeiter-Konferenz unternehmer und der Arbeiter offiziell vertreten sein sollen.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

Ein Oberster und Bester. Der Leutnant v. Rappengut verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Befugnis und entlassung verurteilt wurde, erlangte nach einer Weile aus dem Berg i. Schl. vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung des Berg auf 3 Monate, die durch die Unterabgabe als verurteilt gegen den „Rißbrauchs der Dienstgemäß“ bleibt es noch bis zur Dienstentlassung.

22. März. Nach dem Beschluß von der Wiedereröffnung der von den Postbeamten mit großer Hasten worden ist, versammelten sich die Angehörigen des Postamtes, 1200 an der Zahl, und zogen in Gruppen in die Telegraphenbureau ein. Die Angehörigen der Post in ostentativer Weise den eingeschriebenen Briefen mit Entlassung gedroht wird, wenn sie bis mittags nicht wieder aufgenommen hätten. Um 2 Uhr zogen sie im Central-Telegraphenamt ohne weitere Störung ab.

23. März. Ein Soldat, der zur Ueberwachung des Postamtes in der Nähe des Bahnhofs von Posten drei Schüsse auf zwei Personen ab, die gehen wollten, eine Telegraphenstation zu verlassen, um die Schreien. Es gelang nicht, die Täter festzunehmen.

Plattenforderungen.

23. März. In der Deputiertenkammer brachte Collin eine Vorlage ein, nach der dem Marine-Minister das Jahr 1900 ein Kredit von 30 Millionen gewährt wird. Darauf legte das Haus die Beratung über Kriegsgeldern fort und beendete die Generaldiskussion, jedoch dann für die Vorlage die Dringlichkeit und ging damit über.

23. März. In dem heute abgehaltenen Minister-Marineminister Picard ein Ertrag über die in der Marine Verbesserungen usw. Danach soll die Ausrichtung der Schiffe, Geschosse, Pulver aller Art, Proviant usw. werden. Die Ausrichtung der Kriegsschiffe soll dahin werden, daß sie imstande sind, den Schiffen Luftschiffen voranzukommen und die Mobilisierung der Flotte. Die Fertigstellung der Neubauten soll beschleunigt, der Schiffe an Proviant sollen vermehrt werden; die die Bestände an Material, Werkzeug usw. für die neuen Bedürfnisse gerecht werden zu können, die neuen Einheiten geschaffen sind. Das Programm auf den gegenwärtigen Bestand der Flotte und die Vermehrung der Flotte nach Erfordernis vor. In einem Teil des Ertrags werden die Coronien besprochen, die für die Ueberwindung der öffentlichen Gelder gegeben werden sollen. Ein Ertrag von 20 Millionen wird der Marine-Minister sich an den beiden Häusern des Parlamentes, damit der Marine gegeben werde, die sie wegen der Entwicklung der französischen und der Ausdehnung des französischen Kolonialbesitzes.

Italien.

Die Eröffnung der neuen Kammer. Am 24. März wird die Einweihung der 23. Legislatur-italienischen Kammer stattfinden. Die Krönung wird bei und mit den üblichen Zeremonien im Senatssaal stattfinden, wo auch die Vereidigung der neuen Abgeordneten der Sozialisten und Republikaner bleiben wie bisher der fern, während die Republikaner zugegen sein werden. Man wird sich auch zur äußersten Linken versetzen, wo die Sozialisten und in Gegenwart des Königs den Kreuzen in Ermangelung von wichtigeren Fragen zerschellen. Die Sitzung den Kopf darüber, wie ein Richter in seinem Urteil die beiden Parteien, bei der für alle Angelegenheiten vorgeschrieben ist. Ebenso wichtig wie die die die Frage ist übrigens die „Vorfrage“ der Regierung den Tag der Krönung die politische Situation betrifft hat. Aus Florenz, Spoleto, Orvieto, Civitavecchia man zur Feier des Tages Truppenabteilungen bereit, die durch die Krönung, gegen welche Befehle am diesen Jutwoch an „Koh und Reifigen“ nötig zu um die Krönung beherrschte Garnison der Hauptstadt.

Balkan.

Der Mobilisierungsbefehl. 23. März. Die Militärabteilung des Ministerrats demobilisierungsdienst versehen, das gemeldet wurde, Mobilisierungsbefehl heute veröffentlicht wurde.

Wenngymnasien.

23. März. Die „Zeit“ meldet auf Grund authentischer Nachrichten im Monat März allein an der letzten neun zwischenfälle ereignet haben, aber unbekannt geblieben seien. Das Kriegsministerium stellt in Abrede, daß bei diesen Zwischenfällen Tote geblieben seien soll.

Eine türkische Maßnahme.

Konstantinopel, 23. März. Wie verlautet, hat die türkische Regierung den Rat zu geben, die österreichisch-ungarischen Gesandten, die eine feierliche Abfertigung der in Konstantinopel ankommenden türkischen Streitkräfte hoffen auf eine feierliche Beilegung der Streitfragen.

Konflikt im Belgrader Senat.

23. März. Gestern hatte nach Meldungen aus Belgrad mit dem Kronprinzen Georg eine mehr als Unterredung. Es verlautet, daß der König dem Kronprinzen Vorstellungen wegen seines provokativen Verhaltens gemacht hat. Der König sagte dem Kronprinzen, der und der russische Gesandte hätten in ihren jüngsten Besprechungen die Bitte an ihn gerichtet, daß der Kronprinzen die Tätigkeit für den Krieg einstellen möge. Die russische Seite dem König und dem Kronprinzen erwiderte mit dem Konflikt. Der Kronprinz erklärte: „Ich teile die Aufgaben der Kaiserlichen Familie und teile für die Welt mit sein zukünftiger König hin. Die eines unaufrichtigen Ministers wie Milovanovich auf tiefe bezichtigen.“

Rußland.

23. März. Bei Leber in Albanien fand ein heftiger Kampf zwischen Truppen und Aufständischen statt. Die Truppen vertrieben und 4 Tote. Verstärkungen sind unterwegs.

23. März. Aus Kasan werden Nachrichten gemeldet, darunter die von schlagenden Worten und die des ehemaligen Damaskinischen Dr. Uspenski. Die Nachrichten bedeuten die Auflösung des Moskauer Senats, das im verflochtenen September von Ego demant.

lands Warenverkehr mit Oesterreich-Ungarn.

gespannte politische Lage auf dem Balkan beeinflusst, so mehr, auch die wirtschaftliche Betätigung in Oesterreich-Ungarn. Im Warenverkehr mit dem Ausland, sprang mit dem Oesterreich-Ungarn wurde in Kriegszeiten überzogen ausgelegt sein, während umgekehrt die Einfuhr weiter leben würde.

Im Jahre 1908 nahm die Einfuhr Deutschlands

aus Oesterreich-Ungarn sehr empfindlich ab. Das ergibt ein Bild auf die Erzeugnisse, die im Warenverkehr zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine Hauptrolle spielen. Vor allem hat die Einfuhr böhmischer Braunkohle stark abgenommen, zum Vorteil des deutschen Braunkohlenbergbaues, der sonst mit einem erheblichen Ueberangebot zu rechnen gehabt hätte. Die Einfuhr von Braunkohlen aus Oesterreich-Ungarn ging nämlich von 80 000 274 Doppelzentnern im Jahre 1907 auf 85 618 978 Doppelzentner im Jahre 1908 oder um 3,51 Millionen Doppelzentner zurück. Dem Werte nach beziffert sich die Abnahme auf reichlich 3 1/2 Mill. M. Eine äußerst starke Einschränkung hat dann die Einfuhr von Gerste aus Oesterreich-Ungarn erlitten; es wurden 1908 nur 2 175 972 Doppelzentner importiert gegen 2 547 022 im Jahre 1907. Der Rückgang von 371 050 Doppelzentnern dürfte einer Wertabnahme um circa 6 Mill. M. entsprechen. Ebenso hoch ist der Rückgang zu veranschlagen, den der Export von rohem Nadelholz aufzuweisen hat; Deutschland erhielt im Jahre 1908 nämlich nur 11 880 469 Doppelzentner gegen 13 886 007 Doppelzentner im Jahre 1907. Gefähtes Nadelholz wurde in einer Menge von 2 772 034 Doppelzentnern eingeführt, während es 1907 noch 3 978 568 Doppelzentner gewesen waren. Da der Einzelwert des gefähten Nadelholzes erheblich höher ist, repräsentiert auch der Rückgang einen bedeutend größeren Wert; er ist auf circa 6 Mill. M. zu schätzen. Noch härter als die Einfuhr der bisher genannten Erzeugnisse ist die Rückgang der Einfuhr von Eisenwaren; sie sank von 1 948 832 Doppelzentnern im Jahre 1907 auf 807 279 Doppelzentner im Jahre 1908 zurück. Nach den vorläufigen Einzelwertberechnungen dürfte sich der Rückgang auf 11 Mill. M. belaufen. Auch Holz aus Gerste wurde weniger eingeführt als 1907; die Abnahme repräsentiert auch einen Wert von circa 3 Mill. M. Fernerzuweisen ist noch die Einschränkung, die unter Steinbohlenimport aus Oesterreich-Ungarn erlitten hat; es wurden 1908 nur 7 105 100 Doppelzentner Steinbohlen eingeführt gegen 7 027 280 oder für ungefähr 1/2 Mill. M. weniger. Wir haben auf diese Weise schon allein an 38 Millionen Mark, um die die Einfuhr der wichtigsten Waren zurückgegangen ist. Demgegenüber haben nur wenige wichtigeren Waren eine Ausnahme zu verzeichnen; es sind dies vor allem Eier, die um 23 281 Doppelzentner oder für circa 2,3 Mill. M. mehr importiert worden sind. Daran schließen sich an: Oefen mit einer Zunahme von circa 1,8 Mill. M. und circa 4,5 Mill. M. Wie man sieht, hat Oesterreich-Ungarn unter der geringeren Kaufkraft infolge der deutschen Marktes im Jahre 1908 ganz erheblich zu leiden gehabt.

Ganz anders gestaltete sich Deutschlands Warenausfuhr nach Oesterreich-Ungarn. Teils zeigte der österreichische Markt noch etwas härteren Bedarf als 1907, da die Weize noch nicht so allgemein und intensiv wuchs, teils aber wurde der Export deutscher Erzeugnisse auf Kosten der Preise nach Oesterreich-Ungarn forciert. Jedoch schloß sich die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse meist noch in aufsteigender Richtung. In der Ausfuhr stehen Steinbohlen oben an. Die Steinbohlenausfuhr nach Oesterreich hat im Jahre 1908 eine Steigerung von 4 085 472 Doppelzentnern erfahren; der Wert dieser Menge kann auf circa 5,7 Mill. M. veranschlagt werden. Zugewonnen hat auch unser Export von Holz, der sich um 1 741 201 Doppelzentner oder um 8,8 Mill. M. höher stellte als 1907. Auch bei der Ausfuhr von Nadelhölzern ist eine ansehnliche Steigerung eingetreten; die Ausfuhr stieg von 22 684 auf 106 281 Doppelzentner, was einer Wertsteigerung von circa 1,4 Mill. M. entspricht. Maschinen zur Verarbeitung von Metallen wurden ebenfalls erheblich mehr nach Oesterreich-Ungarn ausgeführt; die Menge ging von 65 282 Doppelzentnern im Jahre 1907 auf 92 181 Doppelzentner 1908, der Wert um ungefähr 3,9 Mill. M. hinauf. Auch einige andere wichtige Artikel haben eine Steigerung der Ausfuhr aufzuweisen. So ging der Export von Antiken und anderen Kunstgegenständen von 29 907 Doppelzentnern auf 38 048 hinauf, was einer Steigerung von circa 2,3 Mill. M. gleichzusetzen ist. Die Ausfuhr von Wägen stieg ebenfalls; sie war 1908 um 5 777 Doppelzentner oder um circa 2,3 Mill. M. höher als 1907. Endlich ist noch Pulverimport hervorzuheben, das in einer Menge von 35 247 Doppelzentnern nach Oesterreich ausgeführt wurde gegen 38 941 Doppelzentner im Jahre 1907. Die Wertsteigerung kann auf annähernd 2 Mill. M. bemessen werden. Einige Waren sind allerdings auch weniger nach Oesterreich ausgeführt worden, doch fallen diese Abnahmen nicht nennenswert ins Gewicht. So ist die Ausfuhr roher Baumwolle nach Oesterreich um 192 270 Doppelzentner auf 180 769 zurückgegangen. Der Wert dieser Abnahme, der zur Zeit schätzungsweise zu ermitteln ist, dürfte mit circa 1,8 Mill. M. anzusetzen sein. Von Bedeutung ist auch die Abnahme der Ausfuhr von Kunststoffe, deren Wert gleichfalls auf circa 1,8 Mill. M. zu veranschlagen ist.

Neues aus aller Welt.

Berlin, 23. März. Bei einer Frau, Probe im Deutschen Theater wurde heute abend die Schauspielerin Elm Rede durch Brandwunden schwer verletzt. Sie kam aus der Bühne verrennt Feuer zu nahe. Im wahren Augenblicke brannnen Haar und Kleidung lichterloh. Die übrigen weiblichen Darstellerinnen wurden von einer Panik ergriffen und fielen in Schreitdämpfe, eilten aber fort, anstatt zu helfen.

Berlin, 23. März. Im Moenter-Walde bei Treptow wurde gestern ein junger Mann plötzlich von einem wilden Hund, eine unverständliche Sprache führenden Menschen hinterhältig überfallen, zu Boden geworfen und der Kehle beraubt. Bei einer sofort vorgenommenen Pflanz wurde der Räuber in einem Wasserloch verhaftet aufgefunden und verhaftet.

Letzte Telegramme.

Aus der Finanzkommission des Reichstags.

Berlin, 24. März. (Privattelegramm.) In der Kommission wurde die Generaldiskussion über den Branntweinsteuer-gesetzentwurf der Subkommission fortgesetzt. Der preussische Finanzminister v. Rheinbaben hat, den Einzelstaaten nicht die Erhebung bezw. die Verwaltungskosten der indirekten Abgaben allzusehr zu beschneiden, da weitere Kosten daraus entstehen würden. Die Vergütung, die nach § 88 der Verfassung 15 Proz. umfaßt, könne herabgesetzt werden, aber nicht unter 10 Proz. Abg. Mommsen macht den Konfessionsden Vorwurf, daß sie umgekippt seien, in der Sitzung am 21. Januar seien sie zur Herabsetzung des Liebesgaben bereit gewesen, auch die Regierung käme den Agraristen sehr liebhaft entgegen. Die Rücksicht auf die Finanzreform sei bei ihr geringer wie die Rücksicht auf die Agrarier. Das Zentrum erklärt sich durch den Abg. Speck bereit, wenn sein Antrag, die Kontingentspannung auf 120 resp. 140 Mr. pro Hektoliter festzusetzen, nicht angenommen werde, für den Antrag Dietrich, der 110 resp. 130 Mr. verlangt, zu stimmen. Dann geht ein Antrag ein, der die Erparnisse, die durch die Herabsetzung gemacht werden, zu einem Interaktionsfonds für notleidende Gewerbe ansammeln will.

Sozialdemokratische Programmänderungen.

Berlin, 24. März. In einer sozialdemokratischen Parteiversammlung in Charlottenburg hielt Genosse Bernstein ein Referat über Revisionismus und unser Programm, an dessen Schluß er Zeitliche zu einem neuen Parteiprogramm verlas. Dem Sinne nach entspricht diese Fassung folgende Gedanken: Die Gesamtzunehmungen drängen die Kleinrentner immer mehr zurück; die Klasse der Lohnarbeiter wächst. Für die Lohnarbeiter bedeutet der Kapitalismus Unfreiheit der Existenz. Der spezifische Charakter des Kapitalismus erzeugt einen Wechsel zwischen Hochkonjunktur und Geschäftstillstand, zwischen Ueberarbeit und Arbeitslosigkeit. Die Syndikate und Kartelle versuchen eine Produktionsregelung, aber ihre Wirkung beschränkt sich nur auf bestimmte In-

dustrien. Durch Hochhaltung der Preise verschlimmert sich das Uebel. Die kapitalistische Produktionsweise hat zur Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums geführt, an der der Arbeiter nur den geringsten Anteil hat. Während die Produktion und der Austausch mit dem Wachstum der Unternehmungen immer mehr gesellschaftlichen Charakter annimmt, wird durch die Entwicklung von kollektiven Wirtschaftsformen (Kriegsgesellschaften usw.) das Verhältnis der Eigentümer zum Betrieb zunehmend veräusert. Die sozial immer mächtiger werdenden Aktionäre führen vollkommenermaßen eine Parasitenexistenz. Gegen Preisstücker und Monopolismus des Kapitals werden die Arbeiter als einzelne ohnmächtig. Nur durch politische, gemeinschaftliche und gewerkschaftliche Koalition vermögen sie Widerstand zu leisten. Koalitionsfreiheit und ein freies, demokratisches Wahlrecht sind Vorbedingungen für die Befreiung der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft. Von allen der Kapitalmacht gegenüberstehenden Klassen ist die Arbeiterklasse allein die unzweifelnde Kraft im Sinne gesellschaftlichen Fortschritts. Die anderen antisozialistischen Klassen sind entweder reaktionär oder sie bewegen sich, weil sie selbst Zwischenschaltungen sind, in Widerspruch und Halbheiten. Das Klasseninteresse der Arbeiter verlangt die Ueberwindung der wirtschaftlichen Monopole, in den Besitz der Gesellschaft. Die Organisation der Arbeiter als Klasse aber bedeutet ihre Organisation zu einer besonderen politischen Partei. Die politische Partei der Arbeiter ist die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie kämpft für Durchföhrung der Demokratie in Staat, Provinz und Gemeinde; sie wirkt als Mittel zur Bewirklichung politischer Gleichheit und als Mittel für Vergesellschaftung des Lebens und der kapitalistischen Betriebe. Sie ist nicht Arbeiterpartei, die nur Arbeiter aufnimmt. Wer ihre Grundzüge vertritt, gehört in ihre Reihen. Aber sie wendet sich hauptsächlich an die Arbeiter; denn die Befreiung der Arbeiterklasse ist in erster Linie das Werk der Arbeiter selbst. Der Kampf der Sozialdemokratie ist international. Die Interessengegenstände wurzeln in den Herrschafts- und Ausbeutungsbeziehungen, für deren Befreiung die Arbeiterklasse kämpft. Der internationale Kampf der Sozialdemokratie hat zum Ziele den freien Bund der Völker auf der Grundlage des Rechtes der nationalen Selbstbestimmung im Rahmen der Solidarität der Kulturmenschenheit.

Die Balkankrise.

Wien, 24. März. In heftigen unterrichteten Kreisen gibe man folgende Darstellung von der augenblicklichen Lage: Ueber Formeln, Vermittlungsvorschläge und Gourparlers sind wir heute hinaus. Das ist alles überwunden und vorbei. Wir müssen darauf besichtigen, klare Verhältnisse zu schaffen und ganz bestimmte Garantien zu erhalten, daß Serbien auf seine Ansprüche verzichtet. Wir müssen eine Sicherheit dafür haben, daß der Friede auf Jahre hinaus garantiert ist. Die Friedensverträge der Mächte sind alle geschlossen, selbst der letzte Versuch Englands, das mit allen Kräfte eine Niederlage nach sich abzulenken möchte, ist misslungen. Auch Frankreich gibt sich umsonst Mühe, im Interesse des Friedens zu wirken. Diese auf die zu herbeizuföhrende Situation kann nicht länger als einige Tage dauern, auf jeden Fall muß bis zum 30. anstehende Klarheit geschaffen sein. In acht Tagen dürften wir schon genau wissen, was wir zu tun haben. Es ist ausgeschlossen, daß wir uns diesmal mit einer anderen als einer endgültigen bindenden Antwort begnügen. Jedes ausweichende Wort, mit dem wir uns zufrieden geben, verlegt uns in einem Jahre wieder in dieselbe Situation, nur stehen wir dann nicht einem geschwächten und ohnmächtigen Rußland gegenüber.

Sofia, 24. März. In der Demarkationslinie bei Djumabala findet zwischen türkischen und bulgarischen Soldaten ein heftiges Feuergefecht statt.

Konstantinopel, 24. März. Ein Extrablatt des Zukunftsbildes meldet: Telegramme des dritten Armeekorps an das Kriegsministerium besagen, daß das Siechen in Anmahl an der türkisch-bulgarischen Grenze bei Djumabala fortbauert. Die Bulgaren verlangen, die Türken sollen zuerst mit dem Siechen aufhören. Das zweite und dritte Armeekorps korrespondieren mit dem Ministerium, weil einige Maßnahmen zu ergreifen sind.

Nach dem Kampfe.

Berlin, 24. März. Nachsch wird gemeldet, daß die Post-Lutscher in den Ausstand treten wollen. Die Regierung wird, falls sie ihr Vorhaben durchführen sollten, sie sofort durch Trainebaldaten erfassen. Eine amtliche Note erklärt, daß die strafrechtliche Untersuchung aus Anlaß der während des Ausstandes vorgekommenen Verstöße von Telegraphen- und Telephon-Linien keineswegs als durch den Streikschluß beendet anzusehen sei. Die Ausständigen, die behaupten, der absichtlich nachlässigen Dienstführung vollständig fernzuziehen, haben über sich selbst die Einleitung der Untersuchung gefordert.

Paris, 24. März. Die gesamte Presse erörtert die Beilegung des Konflikt. Die radikalen Blätter beglückwünschen die Niederlegung, daß sie jetzt und zugleich maßvoll gewesen sei und haben hervor, daß die Ausständigen eine gute und würdige Haltung beobachtet hätten. Die Regierung möge nun auch die besten Vertretern der Post- und Telegraphenangelegenheiten gegebenen Versprechungen halten. Andere Blätter sprechen die Ueberzeugung aus, daß Simpan nur noch ganz kurze Zeit im Amte bleiben werde.

Das Wettrennen.

London, 24. März. Bei einem Diner des National Liberal-Clubs kam Kriegsminister Balfour in Erwiderung auf einen auf ihn gesandten Trinkpruch auf die Plattenfrage zu sprechen. Er sagte, die Regierung werde sich nicht in ein unangehöriges Wettrennen hineinlassen. Sie vorzugehen würde sich, was die englische Seeflotte bedeute, und daß das beste Mittel, sie zu verlieren, sein würde, sich von einer Panik fortziehen zu lassen. Sie habe aber ihre eigene Art der Auffassung von der Erhaltung der Seeflotte, an der sie bei der Verhandlung dieser verwinkelten Aufgabe festhalten werde. Balfour erklärte weiter, er gehöre zu denen, die der Meinung seien, daß das deutsche Volk über das Unglück und die furchtbaren Folgen eines Krieges dieselben Ansichten hätte, wie das englische. Er glaube, die Deutschen hätten den Krieg, wie die englische Nation ihn hätten. Die Deutschen organisierten und verstärkten auch ihre Flotte, wie ihnen das übrige freisteht. Wenn sie es täten, müßte England es leider auch tun.

Zusammenfass.

Wilhelmshaven, 24. März. Die Kaiserliche Höflichkeit kollidierte vergangene Nacht infolge dichtem Nebels westlich Kordor-Feuerschiff mit dem norwegischen Dampfer Foss, der sofort sank. Die Mannschaft ist gerettet. Die Höflichkeit erlitt leichte Beschädigungen am Bug und ging zur Reparatur nach Wilhelmshaven.

Schadletons Südpolfahrt.

London, 24. März. Ein Telegramm des Südpolarfahrers Schadleton an die Daily Mail berichtet weiter, daß ein Teil seiner Expedition den 2000 Fuß hohen antarktischen Vulkan Erebus besichtig, dessen Krater Wasserdämpfe und Gase ausströmte. Die Expedition verließ Kap Royal am 23. Oktober und rüdte 400 Meilen südwärts unter behändiger Todesgefahr über eine Pede von weidem Schnee vor, die sich über Abgründe spannte. Auf den letzten drei Meilen ihres Vordrängens mußte sie ihre Lagerstation auf 30 Meilen herabschieben. Wir hatten mit heftigen Schneestürmen zu kämpfen herabschieben. Wir hatten erreicht 37 Grad Nördlichkeit. Am 26. Dezember konnte man sich unter 88 Grad 23. Süd. Breite auf einer Höhe von 10 000 Fuß über dem Meere. Auf der Rückreise litt die Mitglieder der Expedition infolge des Gemisses von Verdurstung unter Opferentz. Am 27. Februar wurden zwei Teilnehmer, in einem Lager zurückgelassen. Schadleton glaubt, daß der Südpol auf der 10 000 Fuß über dem Meere befindlichen Quedebene liegt. Die Expedition hat auch eine neue Reihe von Höhenbergen entdeckt und trigonometrische Bestimmungen vorgenommen.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

Einwohner von Naundorf, Kötzschenbroda u. Zitzschewig!

Sonnabend den 27. März 1909, abends Punkt 8 Uhr

Große öffentl. Einwohnerversammlung

im Gasthof zu Naundorf bei Kötzschenbroda.

Tages-Ordnung:

Die Volksschule, wie sie ist und wie sie sein soll.

Referent: Arbeitersekretär B. Menke, Dresden.

Freie Ausdrucksform für jedermann.

Die Festigkeit, der Schulausschuss, der Volksschullehrer und der Gemeinderat sind hierzu ganz besonders eingeladen. — Arbeiter, Parteigenossen! Zeigt durch massenhaften Besuch, daß auch die Bildung eurer Kinder nicht gleichgültig ist.

Öffentliche politische Versammlung. Einberufen: Gust. Kramholz, Naundorf bei Kötzschenbroda.

Sozialdemokratischer Verein.

Gruppe Mügeln-Heidenau.

Freitag den 26. März 1909
im Alten Gasthof zu Mügeln

Grosser Theater-Abend

Zur Aufführung gelangt:

Flachsmann als Erzieher

Schul-Komödie in drei Akten von Otto Ernst.

Ausführende: Mitglieder des dramatischen Vereins Kötzschenbroda, Heidenau.

Einlaß 7¹/₂ Uhr. — Anfang 8¹/₂ Uhr.

Einen genussreichen Abend versprechend, ladet freundlich ein B. V.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Dresden u. Umg.)

Sonnabend den 27. März 1909, abends 8¹/₂ Uhr

Öffentl. Versammlung

in Angermanns Gasthof, Döhlen.

Tages-Ordnung:

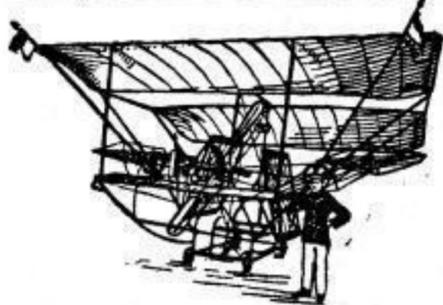
1. Einnahmen und Ausgaben im Arbeiterhaushalt.

Referent: Arbeitersekretär W. Buok.

2. Verbandsangelegenheiten. — Debatte.

Es ist Pflicht aller Metallarbeiter, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Der Vortrag ist auch für Frauen sehr zu empfehlen und werden die Kollegen ersucht, dieselben mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.



Eine Flugmaschine

in natürlicher Größe mit 30 PS. Luftschiffmotor, mit Unterstützung des unterzeichneten Vereines in der Maschinenfabrik Heyn & Peilich nach eigener Konstruktion von Fritz Heyn erbaut, wird von Montag den 22. März bis mit Sonntag den 28. März 1909 im Ausstellungspalast (Konzerthaus) ausgestellt. Die anwesenden Erbauer übernehmen die Erklärung. Eintrittspreis 50 Pf. pro Person. Besichtigungszeit: von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends.

Sächsischer Verein für Luftschiffahrt.

Nur noch einige Tage!

CIRCUS

* Sarrasani

Dresden. — Im Circusgebäude an der Gerokasse. — Tel. 882.

Donnerstag den 25. März, abends 8 Uhr

Brill. Elite-Abend

Freitag den 26. März, abends 8 Uhr

Gala-Parade-Abend.

Gala-Programm! Gala-Abend! Gala-Uniformen!
Gala-Kostüme! Gala-Geschirre! Gala-Requisiten!

Verkauf für sämtliche Vorstellungen von morgens 10 Uhr an ununterbrochen an der Circuskasse (Fernruf 882) und nur für Abend-Vorstellungen im Zigarrengeschäft Karl Wals, Viktoriahaus, Ecke Weissenhofstrasse und König-Johann-Str., Ecke Altmarkt (Fernruf: Amt I 705).

Proben und Stallbesichtigung: Zu den täglich ausser Mittwochs, Sonntags, Sonn- und Festtage von morgens 10 Uhr an stattfindenden öffentlichen Proben sowie zu den Sonn- und Festtagen von 12-1 Uhr mittags gestatteteten Marstall-Besichtigungen zahlen Kinder unter 14 Jahr. 10 Pf., Erw. 20 Pf. Eintritt.

Pieschen

Nächste Sitzung findet Freitag den 2. April statt.

Uhren Lorenz

Zur Konfirmation: Drüchen, Kollern, Ringe, Ketten die schönsten Neuheiten. Beste Bedienung! Billige Preise!

Am Altmarkt, Schössergasse 4, neben Herzfeld.

Heinrich, mir graut vor dir

wenn du deine Piepmätzechen mit falschem Futter fütterst. Fachmännisch zusammengestellte Sorten für Kanarien, Zeisige, Stieglitze, Papageien usw. stets frisch zu haben in der

Drachen-Drogerie

Kurt Bachmann
Dresden-Neustadt
Grossenhainer Str. 127.

Otto Fietze

vorn. S. Gottlieb

Dresdens beliebtestes Kreditinstitut

2 Gruner Strasse 2

I. Et. — Direkt am Pirnaischen Pl.

empfiehlt zur bevorstehenden Saison

auf Kredit

Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe

Möbel, Spiegel Polsterwaren

Einzelne Möbelstücke sow. kompl. Wohnungs-Einrichtungen

Topple, Leinen, Wäsche, Tisch- u. Tischdecken

Spiegel, Bilder, Bild- u. Wandgemälde etc.

Alles auf Teilzahlung!

Auch nach ausserhalb.

Konfirmations-

sowie Prüfungs-Anzüge u. -Kleider,
Wäsche, Stiefel usw.

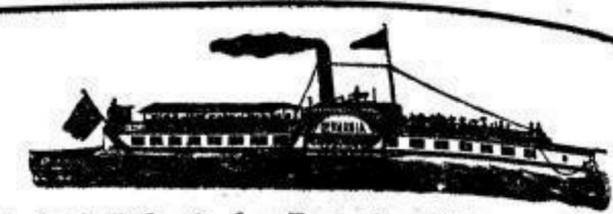
Stadberg Kino-Metropol-Theater Oberstr. 10

Programm bis Dienstag den 30. März:
1. Felle durch Srischenland (alt.), 2. Gold und Herz (Drama), 3. Ein Fall zu Fall (Humor.), 4. Das Schicksal Dreitags (alt.), 5. Die Waise (Drama), 6. Im Kohlenack (Humor.), 7. Der gemauerte Detektiv, 8. Wenn Liebe forbert (H. Tolstoj).

Um gütigen Zuspruch bittet Eugen Borkert.

Prießnitzbad

(Waldschloß, Umgebung Hauptplatz).
Saal mit Theaterbühne.
Sep. Vereinszimmer.



Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft

Die Eröffnung des Personen- und Frachtenverkehrs auf der gesamten Strecke Leitmeritz-Dresden-Mühlberg erfolgt Sonnabend den 27. März a. c., früh.

Fahrpläne hängen allerorts aus.

Dresden, den 23. März 1909.

Die Direktion
C. Fischer.

Dresdner Volkshaus

Ritzbergstr. 2 — Maxstr. 13
Schützenplatz.
Grosser preiswerter Mittagstisch.

Welt-Theater

beliebteste Etablissements dieses Geistes zeigen durch langjährige Erfahrung wie bisher zur ersten nahmen. Stellen durch alle Länder der Welt. Gut bewährte lehrreiche Aufnahmen, und zwar solche, daß sich Eltern in ihrer Kinder wohlfühlen.

Die Programme dieser Woche bieten:

- | | |
|---|--|
| Scheffelstrasse.
Auf d. gelbesen Kanal in Schweden (großartige Naturaufnahme).
Kapitän Ehre ist stärker als Familienliebe (ergreifendes Drama).
Er will Schützen führen (Humor.).
Hat Finkorian Serie 3: Das verschwandene Kind.
Sportwoche in Stokholm (herrliches Winterbild).
Die Nacht des Schülers (Humor.).
Die Tochter der Wildale (Drama).
Combid: La Crugulite. | Ringstr. Ecke Hauptstr.
Wenn du noch ein Kind (Drama nach Walter Dreyer).
Dr. Klaus (das tolle Leben).
Sprosswald im Schnee (Humor.).
Kunst oder Leben (Drama).
Einführung der Kunst.
Heidenau alias Heidenau.
Die Verlobung der Heidenau (Humor.).
Combid: Die Heidenau. |
|---|--|

Vogelfutter-Handlung

mit Zittorstraße 1 nach Wettinerplatz 9, am Hauptstr.

verlegt hat. Ich bitte, mir auch in dem neuen Lokal in Hauptstr. 9, Wettinerplatz 9, am Hauptstr. zu besichtigen und falls mich bei Bedarf helfen zu wollen. Hochachtungsvoll L. Wenzel.

E. PASCHKY

- | | |
|------------------------------|--------------------------|
| Vilmscher Str. 14, Tel. 5102 | Resselfdorfer Str. 43/44 |
| Hauptstr. 4, Tel. 2257 | Wettinerstr. 11 |
| Bismarckstr. 13, Tel. 4182 | Freiburger Platz 6 |
| Höllnerstr. 12, Tel. 3906 | Seckstr. 27 |
| Dienerstr. 11, Tel. 4871 | Torgauer Str. 10 |
| Wartenstr. 14, Tel. 4069 | Trompeterstr. 1 |
| Hofenhanerstr. 42, Tel. 8970 | Resselfdorfer Str. 12 |
| Postenstr. 43 | Leipziger Str. 1 |

Seelachs, „Helg.“

ohne Kopf, in hochfeinen, fetten Stücken für auswärts bei mind. 50 Stk. a 14 Pf., Postfrei 120 Stk.

Kabljan, ohne Kopf

in ff. fetten, fettreichen Stücken für auswärts bei mind. 50 Stk. a 13 Pf., Postfrei 120 Stk.

Schollen, ff. gross

fett und fettig Pfd. 2.00

Rotzungen

ff. große, fettige Pfd. 2.50

Echte grüne Makrelen

hochfeine „Helg.“, ohne Eingeweide Pfd. 3.00

Flusslachse

in hochf., saftig, bis 6 Pf. schweren Stücken als besonders nahrhaft infolge eines Säureverhältnisses bei Pfd. 6.00

Makrelenpöcklinge, ff. gross

Stück 1.00
Stück 1.10
Stück 1.20
Stück 1.30
Stück 1.40
Stück 1.50
Stück 1.60
Stück 1.70
Stück 1.80
Stück 1.90
Stück 2.00

Liedermeister gesucht

Arbeiter-Gesangverein sucht einen tüchtigen energischen Liedermeister per bald.

Offerten unter Q. M. an die Geschäftsstelle des Vereins.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert G. S. (4), Dresden-Neustadt. Verantwortlich für den Anzeigen-Teil: Reinhold Stiller, Dresden. Druck und Verlag: Raben & Somp. Dresden.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Dresden, Mittwoch den 24. März 1909.

20. Jahrgang.

68.

An die Kreisvorstände.

Central-Komitee hat dem Beschluß der Placener Sammlung gemäß einheitliche Abrechnungs-Formulare, Haupt- und Kassensbücher entworfen. Die einzelnen davon gehen auch in den nächsten Tagen zu. Ihr ist, ob diese Formulare euren Bedürfnissen entsprechen, und eventuelle Abänderungen auf diesen Bogen zu. Wir bitten euch, diese Abänderungen so schnell an den Genossen Ernst Braune, Rade- Dresden, Bismarckstr. 4, einzusenden.

Das Zentralkomitee.

Tägliche Angelegenheiten.

Radefischpolitik.

Amthauptmannschaft Zwidau hatte vor kurzem vom Verein zu Willkau, dem auch eine Anzahl Parteimitglieder angehört, ganz plötzlich verlangt, eine über die erhobenen Eintrittsgelder vorzulegen. Der bei Vortragsabenden nach dem schon seit 20 Jahren in Statut ein Eintrittsgeld von Nichtmitgliedern erster Ueberstufe sollte zu unbilligen Zwecken verwendet werden, näher zu bestimmen ist. Da wie gesagt, die Amthauptmannschaft Zwidau seit dem Beschied des Vereins jetzt erstmalig erloschen, und der Verein zum Erheben eines solchen Eintrittsgeldes laut mannschaftlich genehmigten Statuts berechtigt war, gegen diese Verfügung der Amthauptmannschaft Zwidau und möchte darin unter anderem geltend, daß der Verein sich schon selbst gemeinnützige Zwecke verfolgen sollte auch ein event. Ueberfluß von Vortragsabenden Verwendung finde. Außerdem hatte aber auch der Statut ein Recht dazu, ein Eintrittsgeld von Nichtmitgliedern zu erheben.

Diese Beschwerde ging dem Verein jetzt die Antwort Amthauptmannschaft Zwidau zu, die einmal die eingelegte des Willkauer Naturheilvereins verwirft, andererseits der Zwidauer Amthauptmannschaft einen — letzten ihrer Radefischpolitik erteilt. So heißt es z. B. in der Bescheid der Amthauptmannschaft Zwidau u. a.: „Demensprechend wird der Vorbehalt des Vereins für die Gesundheitspflege und arztlose Heilmittel zu Willkau, Rade- und zwar mündlich (H) zu bezeichnen sein, doch immannt in kollektiver Zusammenlegung beschlossen hat, in der Eintrittsgeldverteilung der öffentlichen Vereinsvorträge beizubehalten gegen den amthauptmannschaftlichen Erlaubs- 10. November 1908 — aus den in dem anliegenden Verzeichnis nachrichtlichen Gründen zu vermerken.“

Die handgefäbrliche Schleife.

Welterdorf bei Neusalza wird der Hittener Volkspolizei, daß eine rote Kranzschleife, die Steinmetzmeister Kollegen, dem Genossen Palmer, geipendet die Aufregung verursacht hat. An einem Vortragsabend wurde die Schleife von der Gewerkschaft des Vorkämpfers der Epheer. In ruhigem Tempo bewegten sich nun mit dem Kranz, die Gewerkschaftskollegen und zusammen in einem Zuge, nach dem Trauer- dem Tode das letzte Geleit zu geben. Als bald aber die laudbarsten Erscheinungen. Die Köpfe sammelten, ein jugendliches Gemurmel entstand, man waren auf den Kranz bezug. Kranzträger gerichtet, agender und die Zeichenfrau wandten sich an den Träger; ersterer verlangte in ruhiger Tone die Entfaltung. Auf die Frage, warum man das verlange, da doch nicht Schleife zu Ehren des Entschlafenen gehoben, geantwortet: Die Schleife könnte weiß oder schwarz die Anspielung tragen wie sie wolle, aber nicht rot. (H) sie sie entfernt werden. Hiernach neigt benach sich die Zeichenfrau M. Wit der Scheere ausgerüstet, wollte sie entfernen lassen. Auch fragte sie in aufgeregtem Tone, Kranz nicht schon am Vormittag überreicht worden da da gegeben wäre, dürfte wohl nicht schwer zu er- Berner meinte das vorläufige Weibchen, der Vorkämpfer ein armer Teufel und die Witwe müsse sich einmal die Reichen verlassen! Man kann darüber nur mittelbildig schütteln. So wurde der Tote auch ohne Schleife be- gang gebrüg wird aber nun nachträglich über den hergezogen. Man verlangt, er hätte sollen allein

wissen Auftrags die Zeichenfrau vorzeitig Eifer ent- ed leidet nicht gesagt, auch nicht, auf welches Gele- stellungsfaktoren geküßt werden soll.

selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen. In § 88 Abs. 2 des Krankenderversicherungsgesetzes ist be- die Vertretung der Arbeitgeber im Vorstände und über Sammlung einer Krankenkasse nach dem Verhältnis den selben aus eigenen Mitteln zu zahlenden Wei- Genossenschaft der Beiträge zu bemessen ist. In Minuten finden sich auch darauf bezügliche Bestimmungen, sie recht selten eingehalten. Die Krankenkasse hat jetzt diesen Gebrauch gemacht. Es hat jetzt be-

schlossen, einen Vertreter der Kassensmitglieder mehr in den Kassenvorstand zu wählen. § 40 des Statuts der Kasse bestimmt:

„Für den Fall, daß durch Dignität von Mitgliedern, für welche Beiträge von Arbeitgebern nicht gezahlt werden, die Summe der für die Kasse der Kassensmitglieder gezahlten Beiträge die Summe der von Arbeitgebern aus eigenen Mitteln gezahlten Beiträge um mehr als das Doppelte übersteigt, ist Vorzugs zu treffen, daß das Verhältnis der Zahl der dem Vorstände angehörigen Kassensmitglieder entsprechend ge- ändert wird.“

Von der Gesamteinahme der Kasse an Beiträgen im Jahre 1908 von 73 000 M. sind nur 22 000 M. von den Arbeitgebern aufgebracht worden. Nicht hatten die Kassensmitglieder weit mehr als das Doppelte eingezahlt. Der überschüssige, von den freiwilligen Mitgliedern aufgetragene Beitrag bezifferte sich auf rund 7000 M. Die Kasse hat grundsätzlich zwölf Vorstandsmitglieder. Da auf ein Vorstandsmitglied (68 000 M. durch 12) nur die Beitragssumme von 5500 M. entfällt, haben die freiwilligen Mitglieder weit mehr als einen solchen Anteil aufgebracht, wodurch die Zuwahl eines weiteren Vertreters der Kassensmitglieder notwendig wurde. Der Vorstand besteht nun aus 9 Kassensmitgliedern und 4 Arbeitgebern. Da bei allen Klassen die freiwilligen Mitglieder sehr an Zahl zugenommen haben, ist zu empfehlen, daß die einschlägigen Einrichtungen überall einer Nachprüfung unterzogen werden. Die meisten Kassensstatute enthalten darüber allerdings recht unklare Vorschriften. Sofern sie aber eine Vermehrung der Vertretung der Versicherten nach dem angeführten Beispiel nicht gestatten, sind sie unzulässig.

Eine Märzfeier bürgerlicher Demokraten.

Wenn bürgerliche Politiker der deutschen Revolution denken, ist das ein seltsames Ereignis, so daß man davon schon Nicht nehmen muß. In der demokratischen Vereinigung in Leipzig sprach an Stelle des erkrankten Dr. Barth am 22. März Herr Dr. Dreißel über: Konstitutionelle Krankheiten und demokratische Heilmittel. Man muß zugeben, daß Herr Dreißel die Diagnose, die Ursachen und die Heilmittel dieser Krankheits treffend darlegte. Rückhaltlos erkannte er an, daß die deutsche Revolution nur verfaßelt wurde durch die blinde Furcht der deutschen Bourgeoisie vor der Arbeiterkraft und daß auch heute noch die sogenannten Liberalen nur so lange liberal sind, als sie dabei ihren Nutzen finden, aber aufhören, für liberale Ziele zu wirken, sobald gleichzeitig etwas dem irdischen Stande, dem Arbeiter zugute kommen könnte. Nur darin liegt die Kraft des persönlichen Regiments. Die Verrottung der bürgerlichen Parteien zeigte er an dem Verlauf der Verfassungslampe und der Bewegung um die Finanzreform. Für wirkliche Demokraten gelte es jetzt, sich bedingungslos an die Sozialdemokratie anzuschließen: Es führte dazu ungefähr aus: „Es gibt keinen Kampf gegen die Reaktion ohne die organisierte Arbeiterschaft. Man muß mit dieser realen Tatsache rechnen. Nur hier liegen die demokratischen Heilmittel: daß man alle, die demokratische Empfinden haben, zusammenschürt. Und die Sozialdemokratie führt den Kampf um die demokratischen Forderungen mit der nötigen Energie. Wenn man warnend auf die Ziele der Sozialdemokratie hinweist, so ist zu sagen, daß, wie die Dinge jetzt liegen, ein wirklich liberaler nicht berufen ist, die Staatsordnung zu halten, sondern dafür zu sorgen hat, daß sie umgestaltet wird. Der Feind steht rechts, er steht nur rechts!“ Dr. Dreißel ver- sprach, daß in späteren Wahlkämpfen die Demokraten für die Sozialdemokratie eintreten werden.

In der Debatte charakterisierte Genosse Dr. Venzl die es- bürliche Haltung des freiberuflichen Dr. Junz, der neben dem Bismar ein würdiger Vertreter der Leipziger Epheer ist. Ein paar Anachos benutzten die Gelegenheit, gegen ein Stimmung zu machen. Einer davon, ein Sozialorganist, der immer in unqualifizierbarer Weise auf die „verderbliche“ Sozialdemokratie gekimpft hatte, erklärte seinen Eintritt in die demokratische Ver- einigung. Kann die Konjunktion dieser Sätze besser gekennzeichnet werden?

Landtagslandparolen.

Eine Vertrauensmännerkonferenz der sozialdemokratischen Partei für den 16. händlichen und 39. händlichen Wahlkreis er- nannte in Krimmitschau für den 16. händlichen Kreis den langjährigen Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins zu Krimmitschau, den Genossen Reffel, für den 39. händlichen Kreis den Genossen Hiedler in Krimmitschau als Kandidaten. Für den Wahlkreis Plauen wurde Genosse Dreslauer und für den 39. händlichen Wahlkreis (Chemnitz-Land) Genosse Krause in Oberlungwitz Vertrauensmann der Bergarbeiter, aufgestellt.

M. Chemnitz. (Ein ungläubiges Militär- gerichtsurteil.) Gegen Unterschlagung hatte sich vor dem Kriegsgericht der 4. Division Nr. 40 (Chemnitz) der Wagners- meister der 1. Batterie des 8. Feldartillerie-Regiments Nr. 63 (Rita) Emil Witt zu verantworten. Als Vorpresident des Militär- stenographen-Vereins, welches Amt er jahrelang und bis Ende Oktober 1908 bekleidete, hatte er die Mitgliederbeiträge zu verwalten. Davon hatte er 55,50 M. in seinem Rücken verwendet und 30 M., die er am 11. November noch vereinnahmte, als er das Amt nicht mehr bekleidete, kassierte er ebenfalls nicht ab. Ritterweise war der Feilbetrag entdeckt worden. Eine Weibung wurde aber gegen den ungetreuen früheren Vorsitzenden nicht erlassen, ihm vielmehr eine Frist gewährt, die Gelder zurückzugeben. Diese Frist wurde dann bis 1. März 1909 verlängert. Aber auch diesen Zeitpunkt ließ er verstreichen, der erst am 10. März Freitag schaffte, nachdem die Sache zur Kenntnis des Garnisonkommandos gekommen war. Er machte geltend, daß er sich nicht der Unter- schlagung schuldig fühle; er habe das Geld nur einwilligen verwendet, um es wieder zu erheben, wenn er seine Dienstämter im Betrag von 1000 M. bei seinem Austritt aus dem Militärdienst erhalte. Und das hätte jederzeit geschehen können, da er den Militär- versorgungsschein schon seit April 1908 besitze und ohne Kapitalisation weitergehebt habe. Er habe nur noch keine passende Stellung erhalten. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, da es als unwiderlegt erachtete, daß die Vereinstmitglieder mit der einwilligen Verwendung der Gelder durch den Vorsitzenden einverstanden waren und daß ferner eine sofortige Erlangbarkeit vorhanden gewesen sei. Diese Begründung steht im Widerspruch mit den Tatsachen. Es handelte sich um eine glatte Unterschlagung, die jedes andere Gericht bestrafen würde, selbst wenn schneller Erfolg geschossen worden wäre. Wie schwer haben schon Postbeamte büßen müssen,

wenn sie zu ganz kurzer vorübergehender Zeit sich an ihnen an- vertrauten Geldern vergreifen!

Stollberg. Der Stadtrat beschloß auf Vorschlag des Schul- auschusses, in die Disziplinardisziplin für die Fortbildungsschule eine Bestimmung über das Verbot der Zugehörigkeit der Fort- bildungsschüler zu politischen Vereinen und über die Vorbedingung des Eintritts in andere Vereine aufzunehmen.

Damit rennt der Stadtrat von Stollberg zum Teil offene Türen ein. Da Personen unter 18 Jahren politischen Vereinen ohnehin nicht beitreten dürfen, kommt der Staatsrettungsleiter zu spät. Die Absicht geht aber offenbar dahin, den Fortbildungs- schülern den Beitritt zu den nichtpolitischen Arbeitervereinen, be- sonders zu den Arbeiterturnvereinen unmöglich zu machen. In letzter Zeit sind mehrere Versuche bekannt geworden, durch schul- amtliche Bestimmung das Vereinsgesetz realtänder zu revidieren.

Nachrichten aus dem Lande.

Coburg. Der Arbeiter Löbe aus Schönerstadt, der in der Fabrik von Liebermann in Falkenau arbeitete, kam mit dem elektrischen Strom in Verührung, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Die schnelle Schneeschmelze hat im gelamten Flussgebiet des Elbe wieder ein hartes Anwachen der Gewässer zur Folge gehabt. In Pirna forderte die angeschwollenen Gontleuba leider ein Opfer, indem das fünfjährige Mädchen des Ser- geanten Arnold vom hiesigen Feldartillerie-Regiment Nr. 28 insolge Ausströmens ins Wasser fiel und dann von der Flut fortgerissen wurde. Es konnte nur die Leiche des Kindes geborgen werden. — In Reichenbach führte der fünfjährige Sohn des Wagnersmeister Wähler beim Spielen in den hochgehenden Bach und ertrank. Die Leiche konnte ebenso wie die eines dreizehnjährigen Knaben aus Plauen, der zwei Stunden vorher in die Elbe gefallen, noch nicht aufgefunden werden. — Ein wackerer Bube ging dieser Tage in Geyer seinem Väterchen bereit gefählich zu Hilfe, daß der Mann sich nicht mehr zu retten vermochte. Er wurde niedergebissen und mit den Hörnern so anarm- herzig bearbeitet, daß der Kerne keine Rettung nur dem Eingekommen eines Nachbarn zu danken hatte, der dem wütenden Tier einen Stoß über den Kopf warf. — In Bergschütz wurde von seiner Frau selbst eingemachten Pilze schwer erkrankt ein Handwerkermeister in Stollberg, so daß sein Leben nur durch sofortige ärztliche Hilfe gerettet wurde. Einwohner waren glückliche Pilze dabei aber es hat eine gesundheitschädliche Wirkung der eingemachten Pilze hantgefunden. — Ein bedeutendes Schandensur hat in der Nacht zum Montag in Steinigtalwald bei Gerolitz, wobei sechs Gebäude in Mitleid gezogen worden sind. Auf noch un- aufgeklärte Weise ist im Wohnhaus des Besitzers Wert Feuer ausge- brochen, welches schnell auf Stall und Scheune, sowie auf drei weitere Anbauten übergriff und schließlich, zum Teil mit Stroh und Schindeln bedeckte Bauarbeiten einschloß. — Schwere Brandbrände an Häusern und Böden und im Besonderen in der Fabrik von G. Thomae in Willkau der dort beschäftigte Heizer Kögel durch Ausströmen lebenden Baufes. — Am Dienstag mittag hat in der Gummimont- fabrik von Viktor Bennin in Leipzig der dort beschäftigte 19jährige Arbeiter Paul Alfred Thomae auf seinen Vorkämpfer Karl Gustav Woad im Betriebs eines Erreides einen Revolvererschuß abgegeben, der ihn lebensgefährlich im Gesicht verletzete. Thomae litt sich dann selbst durch einen Stoß in den Kopf.

Stadt-Chronik.

Die händliche Steuerreform.

Der aus Stadtvorordneten, Stadträten und den drei Vürgermeistern bestehende Ausschuss zur Vorberaterung der Steuerreform hat seine Arbeiten beendet. Die wichtigste und schwierigste Aufgabe bestand darin, Ersatz für die wegfallenden indirekten Steuern und die Mittel für neue laufende Ausgaben zu beschaffen. Insgesamt kommt die Summe von 2 250 000 M. in Betracht, wovon auf den Etat 1 750 000 M. entfallen. Mehr oder neue Steuern schaffen ist immer eine mühselige Sache. In Dresden stand es damit aber nicht so schlimm, weil die Einkommensteuer wie auch die Besteuerung des Grundbesitzes sehr wohl bedeutender Ertragserlöse ausgeföhrt werden konnten. Beide Steuerarten sind in Dresden im Verhältnis mit den meisten anderen Gemeinden Sachsen niedrig. Da diese Steuern aber die gerechtesten sind, weil sie am besten die Vermögensfähigkeit und Leistungsfähigkeit berücksichtigen, so stand für den Ausschuss ein sehr einfacher Weg offen, um zum Ziele zu kommen. Er ist aber einen anderen gegangen, in dem Bestreben, die Gutstitulierten und den Haus- und Grundbesitz zu schonen. Infolgedessen gestaltete sich die Arbeit des Ausschusses komplizierter, als es nötig gewesen wäre.

In einem umfangreichen, 157 Seiten starken Bericht (24. Ratdruckfrage 1909), zu dem nun die Ausschüsse der Städte- vorordneten Stellung zu nehmen haben, sind die Vorschläge und Erörterungen des Ausschusses durch den Verlichterjatter Stadtrat Dr. Koch, der am 1. April d. J. in den Staats- dienst geht, wiedergegeben. Dieser Druckbericht wie auch der Vorbericht enthalten wertvolles Material zur kommunalen Steuer- frage. Mit den positiven Vorschlägen für den konkreten Fall können wir uns jedoch nur zum kleineren Teil einverstanden erklären. Der Ausschuss macht nicht weniger als zwölf Vorschläge, nach denen die erforderliche Summe eingebracht werden soll. Und zwar nach drei Richtungen: es sollen erstens einige neue Steuern eingeföhrt, zweitens bereits bestehende Steuern erhöht oder um- geändert, drittens andere neue Einnahmequellen erschlossen werden.

Gehen wir kurz im einzelnen auf die Vorschläge ein. Gleich der erste geföhrt uns gar nicht. Man will den Wasserzweck von 12 auf 15 Pf. erhöhen. Damit soll ein Zustand befestigt werden, der Dresden vor anderen Großstädten bisher vorteilhaft auszeichnet. (Sehr oft kommt das nicht vor.) Die Dresdner Wasserwerke sind zurzeit keine Ueberflusshäufigkeiten; das Wasser wird zum Selbstkostenpreis abgegeben. (Natürlich unter Ver- sichtigung der nötigen Rücklagen und Reserven.) Für die politische Gemeinde waren bisher die Wasserwerke keine Ueberflusshäufig- position. Das ist gerade bei der Wasserversorgung der

lojal richtigste Standpunkt, was auch zugegeben wurde. Man will ihn nun verlassen, die Wasserwerke werden infolge der Erhöhung des Wasserpreises 500 000 M. Ueberfluß bringen. Ob der Mieter oder Vermieter das Mehr tragen wird, dürfte nicht so leicht festzustellen sein. Vielmehr kann man beobachten, daß beide Teile sich dagegen wehren, jeder in der Meinung, daß er die Last auf sich zu nehmen habe.

Die Grundsteuer soll in Zukunft 130 000 M. mehr bringen. Sie wird jedoch nicht erhöht, sondern nur gleichmäßig erhöht. Es sollen alle Miethäuser nach dem gemeinen Wert versteuert werden, bisher wurden Häuser mit zwei Drittel versteuerten Räumen auf 1/3 der Steuer herangezogen, eine Art der Besteuerung, die wenig einbringt. Das sind 11 Prozent aller Miethäuser. — Man hätte sich mit dieser Abschätzung der Grundsteuer nicht begnügen dürfen, da sie, wie allgemein bekannt — nur die Hausbesitzer wollen das nicht zugeben — in Dresden sehr niedrig, ausnahmsweise niedrig ist. Sie soll 1909 1 437 000 M. bringen, während sie z. B. in Leipzig für 1909 mit 2 560 000 M. eingestellt ist. Dort also über eine Million Mehrertrag! Nun ist Leipzig allerdings nicht ganz vergleichbar, weil dort der Grundbesitz weniger verschuldet ist als in Dresden, infolgedessen das steuerpflichtige Einkommen als Grundbesitz verhältnismäßig größer ist. Immerhin würden bei gleicher Höhe der Grundsteuer in Dresden sicher drei Viertel Millionen mehr herausbringen. — Man konnte nun so mehr auf eine Erhöhung zulegen — 0,3 Proz. brächten ca. 525 000 M. —, als die Besitzveränderungs-Abgaben in Zukunft 9000 M. weniger bringen werden. Man hat zwar den Beschluß der Stadtvorordneten, bei Zwangsversteigerungen überhaupt keine Abgaben mehr zu fordern, nicht anrecht erhalten, sondern es wird vorgeschlagen, in solchen Fällen die Hälfte zu erheben. Das bringt jedoch immer noch einen Ausfall von 152 000 Mark, der bis auf 9000 M. wieder befristet wird, indem man die Höhe der Abgabe etwas erhöhte. Auch die Besitzveränderungsabgaben sind in Dresden sehr niedrig! Und es ist jedenfalls ein mehr als anderbares Verfahren, diese Einnahme noch zu verringern, obwohl die ganze Steuerreform sich lediglich um die Beschaffung von Mehreinnahmen dreht.

An dritter Stelle wird eine neue Steuer, und zwar eine Mietsteuer vorgeschlagen. Sie ist allerdings nicht zu vergleichen mit der Mietssteuer, die vor Einführung der Einkommensteuer in Dresden bestand. Es muß auch zugegeben werden, daß die vorgeschlagene Form der Mietssteuer die Tendenz hat, die Unbemittelten weniger oder gar nicht zu treffen. Mietspreise bis zu 400 Mark sollen nämlich steuerfrei bleiben; das sind 74 Proz. aller Wohnungsmieter, wie statistisch festgestellt ist. Bei über 400 M. beginnt die Steuer mit einem halben Prozent, sie steigt dann progressiv bis zwei Prozent bei Mieten von über 1900 M. Trotzdem werden sicher noch viele Einwohner mit kleinen Einkommen unverhältnismäßig getroffen. Außerdem ist diese Form der Besteuerung doch als sehr veraltet und wenig sympathisch zu bezeichnen. Sie soll jedoch 500 000 M. bringen, und das gibt den Ausschlag.

Zu begrüßen ist die geplante Einführung einer Wert- und Schenksteuer. Es ist noch nicht sehr lange her, als vom Nationalen her erklärt wurde, diese Steuer könne in Dresden so bald nicht. Die Verhältnisse sind eben stärker, und das Geld wird zu nötig gebraucht. Ob die organisierten Hausbesitzer ihren Widerstand dagegen ganz ausgegeben haben, ist freilich noch zweifelhaft. Jedenfalls ist ihnen die Wertzuwachssteuer gegenüber der Erhöhung der Grundsteuer das kleinere Übel. — Die vorgeschlagenen Sätze decken sich im wesentlichen mit der Leipziger Forderung. Man erwartet 250 000 M. Ertrag, der allerdings nur auf ziemlich willkürlicher Schätzung beruhen kann. Die Summe ist aber offenbar eher zu niedrig als zu hoch veranschlagt; Leipzig hat 350 000 M. eingestellt.

Schwundelassen.

Ueber die „Leistungen“ zweier Hülfsklassen von jener Sorte, die einen hannoverschen Redakteur erfolgreich wegen Verleumdung belangten, als er sie in christlicher Entschuldigtheit beim richtigen Namen nannte, gibt Regierungsrat Dr. Wächter in der Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Landesamtes eine anschauliche Darstellung. Es handelt sich um die schon öfter kritisierte „Bürgerliche Krankenkasse zu Leipzig“ und die „Deutsche Kranken- und Sterbeversicherungskasse in Bayern“. Ihr Abschluß für 1906 hat folgendes Aussehen:

	Leipziger Kasse	Bayerische Kasse
1. Einnahmen		
Einnahmegeräte	11 135	148
Beiträge	142 504	110 848
2. Ausgaben		
a) Krankenaufwand		
Arztliche Behandlung	6 095	1 370
Arznei und Heilmittel	2 393	798
Krankengeld	21 361	21 108
Steuern	28	153
Kosten für Anstalten	1 371	101
b) Verwaltungsaufwand		
persönlicher	64 475	54 115
sachlicher	25 003	10 943

55 resp. 60 Prozent der Einnahme als Verwaltungskosten — das genügt zur Beurteilung dieser Anstalten!

Ueber die Manipulationen der Bayerischen Kasse haben wir vor kurzem einige Male berichtet. Auch jetzt liegt uns wieder dergleichen Material vor. Wir würden aber nicht fertig, wollten wir alle die einzelnen Fälle aufzählen. Wer ein sozialdemokratisches Blatt liest, weiß, was er von jenen „Krankenkassen“ zu halten hat.

Mit dem Nachdruck von Gerichtsberichten

hatte sich jetzt das Reichsgericht in zwei Fällen zu befähigen. Von der Anklage des unbedeutenden Nachdruckes ist am 5. Dezember v. J. der Redakteur der Danziger Allgemeinen Zeitung, Bruno Müntz, freigesprochen worden. Er

hatte einen von dem Nebenkläger Meldner verfaßten Bericht über eine Kammergerichtsentscheidung mit der Spitzmarke: „Behörden-Ansichtungsarbeiten zu den eigentlichen Bauarbeiten“ fast wörtlich nachgedruckt. Vor Gericht bestritt er den wissenschaftlichen Charakter der Ansichtsarbeit; ein bloßes Referat über eine Gerichtsverhandlung sei keine wissenschaftliche Arbeit. Das Landgericht war der Ansicht, daß der Nebenkläger nur das wiedergegeben habe, was er von der Verhandlung gehört habe. Niemande wissenschaftliche Tätigkeit habe der Verfasser nicht damit verbunden; sein Bericht sei lediglich ein vermishter Artikel tatsächlichen Inhalts. In seiner Revision behauptete der Nebenkläger, es sei falsch, anzunehmen, daß er eigene Gedanken in dem Artikel nicht entwickelt habe. Der Reichsanwalt hielt die Begründung des freisprechenden Urteils für sehr mangelhaft. Es könne nicht verlangt werden, daß in einer solchen Ausarbeitung wissenschaftlicher Art eigene Gedanken wiederzugeben werden. Auch sei nicht geprüft, ob der Nebenkläger nur den Sachverhalt wiedergegeben oder ob er nicht auch eine literarische Arbeit geleistet habe. Er beantragte die Aufhebung des Urteils. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht. — In einer an demselben Tage verhandelten anderen Sache war derselbe Redakteur von der gleichen Anklage freigesprochen worden. Die hiergegen von dem Nebenkläger Journalisten fr. eingeleitete Revision wurde dagegen vom Reichsgericht verworfen, weil der wissenschaftliche Charakter des fraglichen Artikels mit ausreichender Begründung verneint war.

Großfeuer

brach am Dienstag vormittag im Laboratoriumschuppen B der Königl. Munitionfabrik Dresden-Albertstadt aus. Es verbreitete sich mit solcher Schnelligkeit, daß alle Betriebsfeuerwehren zu tun hatten, es zu lokalisieren, um den nebenan liegenden Laboratoriumschuppen A, der geladene Artilleriemunition enthielt, zu schützen. Daß das Feuer nicht größer und gefährlicher wurde; ist dem Umstand zu danken, daß im genannten Schuppen nur Übungsmunition, die keine große Explosionskraft entwickelt, verarbeitet wird. Trotzdem hatten die Feuerwehren einige Stunden angestrengt zu tun, um des Feuers Herr zu werden.

Dampfschiffverkehr.

Nächsten Sonnabend den 27. März wird die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft den Veronen- und Prachinerverkehr auf der gesamten Strecke Leitmeritz-Dresden-Mühlberg aufnehmen. Die Fahrzeiten werden durch Aushang der Fahrpläne auf den Dampfern und Bahnstationen, den Schiffen selbst sowie in den Lokalen bekannt gegeben, so daß jedermann Gelegenheit geboten ist, sich schnell und bequem informieren zu können. Die Verbindungen der neuen Fahrordnung sind unter möglicher Rücksicht auf die Eisenbahnanschlüsse an den Hauptstationen festgelegt worden. Rundreisefahrten sowie alle sonstigen Abkommensleistungen bleiben gültig. Geheizte Kajüten bieten bei kühlender und rauher Witterung Unterkunft. Die Restaurationen unterliegen regelmäßiger Kontrolle und haben sämtliche Waren dem Provinzial-Lager der Gesellschaft zu entnehmen, die den Einkauf nur von erkranklichen Firmen besorgt. Frachtküfer finden auch weiterhin bei gewöhnlichen Sachen Express-Frachtbeförderung.

Der Weiserthal-Verkehrs-Verein ist vom Ministerium des Innern die Genossenschaftsordnung unter gleichzeitiger Erteilung der Rechtsfähigkeit bestätigt worden, nachdem der Entwurf sowie das Beitragsverzeichnis nach schriftlich-mündlich ausgelegten, der Kommission mit den Beteiligten über die gegen den Ordnungsentwurf vorgebrachten Einwendungen ebenso wie über die gegen die Beitragsverpflichtungen erhobenen Widersprüche verhandelt hat. Die aufrechterhaltenen Widersprüche gegen das Beitragsverzeichnis sind durch Entscheidung des Kommissars oder im Rechtsmittelverfahren durch Entscheidung der Generalkommission für Abfertigung und Gemeinheitsteilungen oder des Oberverwaltungsgerichts erledigt worden.

Ein heftiges Gewitter, von einem starken Regen begleitet, gab dem gestrigen Nachmittage ein hochsommerliches Gepräge. Nach grellen Winden donnerte es lange und stark, ein Vorgang, der um diese Jahreszeit recht selten ist, ebenso der schnelle Temperaturwechsel. Der kaum acht Tagen lebten wir noch in starker Winterkälte zwischen Schnee und Eis, gestern aber war das Quecksilber um etwa 20 Grad hinaufgesprungen. — Der plötzliche große Umschwung der Temperatur bringt abermals Hochwassergefahren für die Täler. Heute vormittag löste sich in der Nähe des Kirchberges ein großes Stück Erdmasse und bewirkte eine zeitweilige Unterbrechung des Straßenbahnverkehrs. Jedenfalls ist dieser Erdbruch eine Folge des starken Regens.

Die Elbe steigt stetig, das aus Böhmen kommende schmutzige Wasser ist aber völlig eisfrei. Heute mittag spülte die Flut bis ziemlich an die Rante des Terrassenweilers. Vormittags 8 Uhr wurde aus Leitmeritz ein Wasserstand von 246 Zentimeter über Null gemeldet, bei weiterem langsamem Steigen des Wassers.

Vermischte Nachrichten. Die Einwohnerzahl Dresdens mit Albertstadt zählte am 1. Februar nach dem Fortschreibungsergebnis 545 900 Personen. — Seit Jahren wurde in der südlichen Umgegend von Dresden, namentlich zwischen Reich und Rippin, das Auftreten von Wildbibern bemerkt, die nachts den Gärten nachstellten. Nun wurden acht Personen verhaftet, die an den Wildbibern beteiligt sind. Sie wohnen sämtlich in Dresden. — Einer der beiden Schulknaben, die am Sonnabend mittag in Leuchitz in den Dorfbach fielen und vom Hochwasser mit in die Elbe gerissen wurden, ist in Dresden als Leiche gelandet worden. — Tödlich verunglückt ist in Richmond vor Dresden stammende Alexander Krause, ein Knecht des hier verordneten Bauers Krause. Der etwa 20jährige Mann, der eine Geschäftskette nach Amerika unternahm, wurde in Richmond von der Straßenbahn überfahren und erlag den dabei ertillten Verletzungen.

Gewerbegericht.

Die Fabrikmeisterin und Wastseuse Jentich war gegen einen Monatslohn von 20 M. und freie Station beim Bodenaltshöfischer Gütche in Dresden angestellt. Am 2. März kam es zwischen beiden zu Differenzen, wobei Gütche die J. ein freies Frauenzimmer und Liebin nannte, sie ansputzte und ihr „eins in die Presse hauen“ wollte. Darauf ist die Jentich fortgegangen. Sie glaubte sich nach diesen Beleidigungen berechtigt, ihre Stellung kündigungslos zu verlassen. Damit war Gütche nicht einverstanden und verwirklichte die Herausgabe des Lohnes, der Sachen und des Jungweines. Die Jentich klagte nun auf einen Monat Gehalt von 20 M., 12 M. Entschädigung für freie Station und 12 M. entgangenes Trinkgeld. Die Parteien einigen sich. Gütche zahlt 46 M. und verpflichtet sich, ein Zeugnis auszustellen sowie alle der Jentich gehörigen Sachen herauszugeben. Das Arbeitsmädchen Stiebig hat bei der Bijouteriewaren-

fabrikantin Seiboth für einen Monat Gehalt von 20 M. und freie Station für einen Monat Gehalt von 20 M. und freie Station für zwei Wochen Lohnentschädigung. Die Klage behauptet, daß bei ihr ausdrücklich keine Kündigung sei. Das Gericht hat zugunsten der Arbeiterin entschieden. Die Klage ist abgewiesen.

Bei dem Tischlermeister Gähler war der Tischlermeister als Maschinenarbeiter tätig. Bei größeren Aufträgen war die Maschine, dafür bekam er immer eine „Kleinrentner“ als Aufschlag. Er verlangte, daß die Maschine für die Arbeit bezahlt werde; beim Abgange machte er noch Ansprüche von 20 M. für Reparatur. Er gibt keine Klage zurück. (Vorländer: Gähler, Tischlermeister Gähler, Tischlermeister Gähler.)

In der Juderwarenfabrik von Schmal arbeitete der Arbeiter bursche Kaiserlad für einen Monatslohn von 12 M. Gegen den darauffolgenden Sonnabend sagte der Chef zu K., wenn er in Zukunft immer hübsch pünktlich wäre, wolle er ihm den Gehalt von 14 M. geben. Da K. aber jetzt den Gehalt von 12 M. erhalten hat, so hat er ihn auch beim Abgange den Gehalt von 12 M. erhalten. K. die 4 M. ein. Auf dem Vergleichswege zahlt der Chef dem Arbeiter, was er auf weitere Forderung verzichtet.

Die Arbeiterin Schmal arbeitete in der Lederfabrik und klagte auf Zahlung von 10 M. Lohnentschädigung. Die Klage war längere Zeit an demselben Richter anhängig. Der Richter hatte sie auf dem Krankenstande von 21. Februar an abhelfen lassen. Dieser Vermerk, den die Schmal nicht gelassen wurde, wurde beim Krankengeldholen an demselben Tage in der 14 Tage zu Hause blieb. Berechnung änderte sie den 14. März Datum der Erwerbsfähigkeit auf dem Krankenstande auf den 14. März. Als sie sich am 8. März zur Arbeit meldete, wurde sie geteilt, sie sei entlassen. Der Richter hat die Klage abgewiesen. Die Arbeiterin, sie habe sich noch nicht arbeitsfähig erklärt, glaubhaft seien. Da sich die Firma zu einem Vergleich nicht ließ, wurde sie zur Zahlung von 10 M. verurteilt.

Bei der Firma Brüder Hart wurde im Jahre 1906 eine andere Arbeiterin eingestellt, laut der die Klage über die bestehende 14tägige Kündigungsfrist. Einige Tage später wurde der Wertmeister J. zu den Deuten und sagte ihnen, es wäre schön, wenn die Leute begünstigt, ohne vorher etwas zu sagen, die Arbeiterinnen antworteten, wenn dies auf Gegenleistung hätte. 7. März erhielten zwei Arbeiterinnen, von denen die eine 10 Jahre und die andere 6 Jahre bei der Firma gearbeitet hat, ihre Kündigungsfrist schriftlich zugesagt, trotzdem beide bis Sonnabend geblieben hatten. Sie klagten nun gegen die Firma auf Zahlung von 10 M. wegen Kündigungsfristverletzung. Der Vertreter der Klagen Genosse Kaminski, stellt die Handlungsweise der Firma in Frage. Der antwortende Vertreter J. verurteilt die Firma zum Verbleiben, daß der Chef verurteilt sei, weil sich in der letzten die Dresden Volksgemeinschaft auf sehr unethische Weise an der Firma beschäftigt habe. Auch gibt er an, von den Klagen nichts gemerkt zu haben, was aber von den Klagen nicht bestritten wird. Da sich die Firma zu einem Vergleich nicht ließ, wurden die Klagen mit ihrer Klage abgewiesen und die Kosten zur Last der Klagen.

Das Ledermädchen Winkler wurde von seiner Arbeitgeberin Frau Fleischermeisterin, eines Tages Oble, Arndt, Kniebe, ufm. tituliert und ihm auch noch Oble zugeordnet. In dieser Behandlung glaubte es, den Dienst ohne Hindernisse zu können. Die Frau Meisterin betrug die Winkler in Lohn, Sachen und Papieren. Darauf klagte die W. auf Zahlung der Sachen und Zahlung von 56,50 M. Infolge dieses verurteilt sich Frau G. zur Zahlung von 21,50 M. und Gegen der Sachen. (Vorländer: Gewerbergericht, Leipzig, Sommergericht Gutmann, Winkler, Oble, Kniebe, Kauer, Oble.)

Aus der Umgebung.

Dahlen. Aus Bergarbeiterkreisen wird erzählt, daß auf dem Königl. Steinlohlenwerke bilden sich Forderungen, die unerträglich werden. Antreiber und Gedrängten sind an der Lagerordnung. Die Behandlung der Arbeiter, besonders auf Dählener Werke, ist viel zu wünschen. Neulich hatten Arbeiter, von 25 Jahren 4,20 Mark pro Tag, sofort sollte am Gedinge überlassen werden, und so stellen die Arbeiter amvortierte Herr Schichtmeister, die Gole seien gesund. — Zu einem armen Arbeiter, der zuweilen Krampfanfälle bekommt, dessen selbe Herr, er solle nach Saalbauern in die Arbeit gehen. Wir raten dem Herrn Schichtmeister, der, nebenbei gesagt, vorstandsmitglied ist, er möge sich, so lange und so oft er Gelegenheit hat, in diese Richtung setzen, damit er recht hohes Alter erreiche. Vor kurzem äußerte der Herr, sich die Leute auf der Straße darüber aufzuhalten, daß die Arbeiter in der Kaserie nichts zu tun hätten. Auch wird hier die Klage, daß ein Arbeiter ein paar mal ein paar mal zu spät kommt, 1 M. Strafe usw. Auch die Grubenarbeiter sind keine Kosten, hier wird das Gedinge durch Herrn Schichtmeister heruntergedrückt. Wir raten dem Herrn Schichtmeister mit der Arbeit danach zu rufen und sich bei der Lagerordnung zusammenzuschließen, denn nur dadurch können ernsthafte Zustände geschaffen werden.

Zollewig. Die Expedition des Gemeindevorstandes ist morgen Donnerstag geschlossen. Von Freitag an befindet sich die sämtlichen Expeditionsräume Seidenbergstraße 7 mit dem von der Gde der Seidenberg- und Albertstraße. Expedienten Montag bis Freitag von 8-1 und 3-6 Uhr, Sonnabends von 8-3 Uhr. Rosenkranz von den ersten 5 Wochenstunden 8-1 und 3-6 Uhr, Sonnabends von 8-2 Uhr.

Rieschewitz. Gute Mittwoch, abends 7 Uhr, findet die Börners Wapthoff öffentliche Gemeindevorstandung statt.

Dresdner Polizeibericht vom 24. März.

Im Zoologischen Garten fiel am Montag beim Füttern ein etwa 20 Zentner schwerer Baum um, wodurch dabei beschädigten Arbeiter, insbesondere in der Nähe der Fütterung, wurde auf das Johannshäuser Krankenhaus.

Am Sonntag wurde auf der Annenstraße ein Arbeiter, der ansoch, durch eigenes Versehen, von einem Straßenbahnwagen umgerissen und geriet unter den Vorderwagen. Er erlitt eine Kopfverletzung und eine offene Wunde am rechten Bein und wurde dem Unfallwagen nach dem Friedrichshäuser Krankenhaus gebracht.

Wetterbericht von der Wetterkassette an der Hauptkassette am 24. März, mittags 12 Uhr.

Barometer: 749. Barometer: + 4 ° M. Thermometer: Min. + 3, Max. + 7. Hygrometer: 76. Wasserstand: + 184.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 25. März 1906.

Schwache westliche Winde; allmähliche Aufhellung; Temperaturerhöhungen bis zu Nachtzeit; trocken.

Katholische Arbeiterbewegung.

Verband der Gemeindev. und Staatsarbeiter
 seines Verbandorgans, Die Gewerkschaft, eine Arbeiterbewegung und den Klassenverhältnissen von 1908. Demnach ist die Mitgliederzahl von 26 207 am 1. April 1907 auf 28 318 am Jahresabschluss 1908, also um 2109 die Zahl der Verbandssitzungen hat sich von 89 auf 111 entsprechend diesem Zuwachse haben sich auch die Finanzen verbessert. Ein Einnahmen waren 1908 zu verzeichnen: R. (1907: 489 822,61 M.); Ausgaben: 464 218,61 M. 1918,94 M.). Der Kassenbestand ist von 244 840,38 M. 1908 M. angewachsen, das macht pro Mitglied 13,59 M. Abrechnungen wurden verabschiedet: 3009,88 M. für Rechtschutz, 12 815,83 M. bei Arbeitslosigkeit, 8340,80 M. in sonstigen Kosten bei Abrechnungen und 15 683,50 M. bei Streiks; für 1908 an Unterstufen zusammen 138 044,06 M. Mitglied 4,98 M. Für Lohnbewegungen ohne Arbeitslosigkeit gelangten insgesamt 89 570,37 M. und für die Organe 48 977,11 M. zur Ausgabe. Mitgliederbewegungen des Gemeindev. und Staatsarbeiter-Verbandes zeugen von der Vorwärtswirkung.

Aus der Umgebung.

Zu der Birner Steinhauerei
 anstalten gekommen. Die Arbeiter allerorten werden erlucht, in diesen Tagen zu werden. Arbeitsfreundliche Blätter werden gegeben.

Inland.

Aus der Lohnbewegung der Schneider.
 stark beladene Veranlassung der Berliner Schneiderei-Verenigen bedingte sich am Montag mit der Lohnbewegung. Die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern sind nicht verlautet. Von mehreren Seiten wurde empfohlen, die Arbeit niederzulegen. Aus Rücksicht darauf, dass gegen Frankfurt a. M. über die Lohnbewegungen in 36 Städten wird ein Streikabschluss eine allgemeine Ausbreitung zur Folge haben, wurde die Entscheidung noch aufgeschoben. In die Verhandlungen mit den Unternehmern ist heute nicht verlautet, soll der Streik proklamiert und die Arbeit eingestellt werden. Es kommen in Berlin etwa 1200 des Schneidergewerbes in Frage.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten
 sich, wie erinnerlich sein dürfte, im vorigen Jahr der Namen Gewerkschaft bekannte Vorfall der bairischen Beamten richtete, hat im Jahre 1908 sehr gute Fortschritte sein Mitgliederbestand ist um 2244 Mitglieder und 632 (Zusatz) gewachsen, so daß sich für Ende 1908 ungefähr von 18 002 Mitgliedern und 785 Hospitanten der Bund trotz des oben erwähnten Angriffes, der ihn zur einer, Ergänzter von 8 M. pro Mitglied nötigte, und Gemeindev. Mitgliedschaft eine so günstige Entwicklung hat, darf wohl als ein gutes Zeichen für seine Zukunft angesehen werden.

Der Bund Ende 1907 an 118 Orten mit 77 Ortsgruppen 25 Jahressitzungen betriebe war, schloß er am Ende des 1908 Verwaltungsverfahrens. Die größte Verwaltungszentrale ist in Berlin mit 3847 Mitgliedern. Diese Ortsgruppe hatte im Jahre eine Schwere innere Krise durchzuführen; ihre Mitglieder sind 950, ausgetreten 634 Mitglieder, die den Rest für sich überlassen hat. Der Bund des Bundes beträgt circa 200 000 M. Als Zeichen für die wirtschaftliche Konjunktur des Jahres kann man die Tatsache ansehen, daß der Bund für die Stellenstellen nicht weniger als 36 445,06 M. — angesehene — ausgezahlt hat. Bezeichnend für die ungelöste Lage der Arbeitslosen ist es auch, daß der Bund des Bundes im Beschäftigten einen Aufwand von 12 815,83 M. wurden im Laufe des Jahres 123 700 M. Summe der erzielten Gewinne betrug 24 876 M., erzielten Gewinne 21, die erzielten Gewinnaufträge auf 1500.

Die „Christlichen“ in Straßburg.

Christlichen Gewerkschaften und der Ausschuss Straßburg, dem auch Reichsverband Mitglieder der Gewerkschaften der bevorstehenden Delegierten- und Ortskonferenzen an das Gewerkschafts-Proporz eingegangen. Der Ortsvorstand war bereit, den Christlichen entgegenzukommen, obwohl er erzielte, daß die Christlichen dort, wo sie die Mehrheit bilden, einen Proporz einbringen. Das Gewerkschaftsamt hat, einen Proporz mit den Christlichen nicht zugehen.

Begründung wurde u. a. angeführt, daß man es bei dem Streit mit Elementen zu tun habe, die von den Gewerkschaften ausgeschlossen werden müßten, und daß der Ausschuss für soziale Maßnahmen des Gewerkschaftsamt bei freier Arbeiter nicht würdig, sich mit dieser Gesellschaft zu tun, daß auch zwei Straßburger christliche Gewerkschaften dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie angeschlossen haben, was für zwei anderen Reichsverbänden Vorstehenden des Straßburger Gewerkschaftsamt, der, wegen angeblicher Verletzung durch ein Flugblatt der letzten Gewerkschaftsamt verurteilt.

gewerkschaftliche Nachrichten. Ein neuer Tarif ist zwischen Gewerkschaften und Arbeiter-Organisation für die Arbeiter, Arbeiter in B. u. a. abgeschlossen worden. Der Tarif sieht neunwöchige Arbeitszeit, 44 wöchentliche Stunden für Gehilfen über 30 Wöchentlich für Gehilfen unter 20 Jahren vor. Außerdem für Überstunden gesetzl. morgens von 8 bis 7 Uhr und abends von 6 bis 9 Uhr 11 Stunden, für Sonntag-Nacharbeit 22 Stunden pro Stunde. Bei Landarbeiten gibt es außer dem Lohn für Arbeitstage 2,10, für Sonntage 1,50 M. Auszahlung. Der 1. März 1909 in Kraft treten. — Nachdem vor längerer Zeit bei einem Zimmerer hier in Braunschweig ein

Arbeit niedergelegt hatten, wurden am Sonnabend alle organisierten Zimmerer entlassen. Da der Forderung des Arbeitgeberverbandes, die Arbeit bis Sonnabend wieder aufzunehmen, von den Streikenden nicht nachgegeben wurde, werden am Montag vom Arbeitgeberverband alle organisierten Maurer, Tischler, Bauarbeiter und alle im Bauwesen Beschäftigten ausgezerrt werden. — Der Streik in der Glasfabrik zu Meitzenthal (Vohringen) ist beendet; sämtliche Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem mit der Verwaltung eine Einigung erzielt worden war. — Die Maschinenfabrik in Legebergelände haben ihre sämtlichen Arbeiter ausgezerrt, weil über ein Gehalts wegen Nichtzahlung des Tarifs die Streikverhandlungen nicht zustande gekommen sind. — Die Maschinenfabrik in Legebergelände haben ihre sämtlichen Arbeiter ausgezerrt, weil über ein Gehalts wegen Nichtzahlung des Tarifs die Streikverhandlungen nicht zustande gekommen sind. — Die Maschinenfabrik in Legebergelände haben ihre sämtlichen Arbeiter ausgezerrt, weil über ein Gehalts wegen Nichtzahlung des Tarifs die Streikverhandlungen nicht zustande gekommen sind.

Das Revolverattentat des Referendars.

Hg. Berlin, 23. März.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

Der dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin III begangen wurde die Verhandlung gegen den Gerichtsreferendar Herrn v. Nagel, der bekanntlich unter der Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, bezogen an dem Staatsanwalt Max Marschner, steht. Der Vorfall in der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Barnack, während Richter v. Gordon und Rechtsanwält Dr. Rosenheim die Verteidigung führen. Es handelt sich um den bekannten Vorfall in der Nacht vom 1. zum 2. Februar in Oranienburg, bei dem der Angeklagte, ein kleiner, schwächlicher junger Mann, anlässlich eines Streites mit Marschner diesen durch einen Schuß in den Bauch schwer verletzte. Marschner ist den Folgen dieses Schusses erlegen. — Nach Verlesung der Anklageerklärung erklärt der Angeklagte auf Befragen des Vorsitzenden, er sei ein Mann, der sich am 23. Juli 1886 in Ultena geboren und evangelischer Konfession. Er sei der älteste Sohn des Generals der Infanterie v. Nagel. Nachdem er durch sechs Semester an verschiedenen Universitätsjahren Jura studiert, habe er im Oktober 1907 das Referendarexamen gemacht. Er sei Unteroffizier der Reserve und im Revolvergeschäft ziemlich geübt. In der Nähe von Tübingen sei er einmal überfallen worden, und er habe sich auf diesem Anlaß einen Revolver angeschafft. Am 1. Februar war er mit einigen Bekannten bei einem Kollegen in Oranienburg zum Abendessen geladen. Als sie nach 11½ Uhr aufbrachen, begegneten sie einem leeren Schlitten und fragten den Kutscher, was es koste, wenn er sie eine halbe Stunde spazieren führe und bestiegen den Schlitten. Da wir uns indertreff des Fahrpreises nicht einigen konnten, forderte uns der Kutscher auf, den Schlitten zu verlassen. Wir kamen dieser Aufforderung sofort nach. Als wir zum Restaurant Hegler kamen, hörten wir, wie ein Mann, wie ich später erfuhr, war es Marschner, dem Kutscher zurief: Wenn die Wengels noch einmal den Versuch machen, in den Schlitten zu steigen, dann schlage ich ihnen mit der Welle in die Schenkel! Ich betrete, daß ich vollständig nüchtern war. Ich trat an ihn heran, lästelte meinen Hut und fragte ihn, wen er mit seinen Schimpereien meine. Marschner erwiderte, daß er uns damit meine. Da er keine Schimpereien fortsetzte, daß ich den herbeigekommenen Nachtwächter, die Personalien des Marschner festzustellen. Der Wächter meinte sich jedoch mit der Bemerkung, daß er den Herrn kenne. Ich habe gar nicht die Absicht, mich mit Marschner in eine Schlägerei einzulassen, zumal mir dieser ein Körperkraft weit überlegen war. Ich verbat mich daher die Weiterführung und ging weiter. Marschner kam mir aber unter fortwährendem Schimpfen nach und packte mich an den Schultern. Ich drehte mich herum. Marschner packte mich noch heftiger, daß er mir einen Knopf meines Leberjackens abriß. Ich schlug ihn nunmehr mit meinem Stock über den Kopf. Der herbeigekommene Nachtwächter entriß mir den Stock und hielt Marschner fest. Ich ging weiter, Marschner kam mir aber nach und griff mich von neuem an. Jetzt schloß ich nach meinem Revolver und sagte zu Marschner: Wenn Sie mich nicht loslassen, dann schreie ich! Als Marschner tropfen auf mich einwirkte, feuerte ich den Revolver ab; ich wollte aber nur einen Schreckschuß abgeben. Marschner ließ sich nicht mit ab und rief: Ich bin totgeschossen! Nach einigen Schritten fiel er zur Erde. Auf die Frage, ob ich mit Schrot oder einer Kugel getroffen habe, antwortete ich: Mit einer Kugel. Ich habe nur aus Notwehr geschossen und wollte eigentlich nur einen Schreckschuß abgeben. — Vorl.: Hielten Sie Marschner für betrunken? — Angekl.: Mindestens für sehr angekränkt.

Damit ist die Vernehmung des Angeklagten beendet und es beginnt die Zeugenvernehmung. Erster Zeuge, Referendar Marschner, schildert den Vorgang ähnlich wie der Angeklagte. Marschner sei viel größer und stärker als der Angeklagte gewesen. Trotzdem habe er, als Nagel den Revolver hervorgerufen, gesagt: „Sind Sie denn wahnsinnig?“ — Staatsanwalt: Danach hätten Sie das Schießen nicht für notwendig? — Zeuge: Das läßt sich schwer sagen. — Vorl.: Dr. Löwenstein: Was hätten Sie in der Lage des Angeklagten getan? — Zeuge: Das läßt sich nicht ohne weiteres beantworten. — Staatsanwalt: Hätten Sie schreien? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen, allerdings hätte ich alles ausgeboten, um mir den Mann vom Leibe zu halten. — Zeuge Referendar Dr. Schaberg sagte zu Marschner: Sind Sie doch ruhig, wir wollen ja keinen Streit, wir sind ja vom Gericht. — Referendar Müller bemerkte nach auf Befragen des Vorsitzenden, daß noch in derselben Nacht der Vorfall dem aufstehenden Amtsrichter in Oranienburg gemeldet wurde. — Die nächsten Zeugen befanden nichts von dem Vorfall. — Zeuge Kutscher Ramisch behauptet, er habe den Referendar sofort erkannt, daß der Schlitten dem Steinmetzmeister Marschner gehöre, ohne dessen Einwilligung er sie nicht fahren könne. Die Herren setzten sich aber trotzdem in den Schlitten. — Wächter Witzke: Marschner schlug den Angeklagten erst als dieser ihm einen Schlag auf den Kopf versetzt hatte. Nagel trat, als Marschner „Wengels“ schimpfte, tödlich an Marschner heran und fragte, was gemeint sei.

Es wird dann die bereits erwähnte Aussage des getöteten Marschner verlesen, die lautet: Er kam in später Nacht um 11. Februar aus dem Heglerschen Restaurant und sah mehrere junge Herren in seinem Schlitten sitzen. Auf die Frage, was sie dort zu tun hätten, antworteten die Herren, sie wollten eine Schlittenpartie unternehmen. Er verlangte 5 M., die Herren wollten aber nur 3 M. geben. Er forderte daher die Herren auf, den Schlitten zu verlassen, was sie auch taten. Sie gingen fort, kehrten aber bald wieder zurück. Er sprach seinen Anmut aus, daß die Herren sich ohne weiteres in seinen Schlitten gesetzt hätten. Ein junger Mann kam dann auch hinzu und schlug ihm ohne weiteres mit dem Stock über den Kopf. Der Stock fiel zur Erde. Er wollte den Stock aufheben und dem Mann den Schlag zurückgeben, in demselben Augenblick

war der Stock verschwunden, er schlug daher den jungen Mann mit der Faust. Gleichzeitig erhielt er einen Schlag in den Bauch. — Zeuge Baununternehmer Max Gillies war mit Marschner in verschiedenen Restaurants eingetreten, dieser war aber keineswegs sinnlos betrunken. — Amtsrichter Frank (Charlottenburg) hat Marschner kurz vor dem Tode vernommen. Er war bei vollständig klarer Besinnung und bestritt mit aller Entschiedenheit, früher geschlagen zu haben, bevor er selbst einen Schlag mit dem Stock erlitten hat. Er habe auch keine Warnung des Angeklagten gehört, daß er schreien sollte, sonst wäre er gestillt. — Der aufstehende Amtsrichter Dr. Henrici aus Oranienburg stellt dem Angeklagten das Zeugnis aus, daß er einer der fleißigsten Referendare war. — Amtsrichter Wörth beobachtete Ende Januar nachts, wie der Angeklagte eine Straßenlaterne zerbrach. Als er ihn am folgenden Tage zur Rede stellte und auf den betreffenden Beschuldigungsparagraphen verwies, entschuldigte er sich, daß er etwas angeheitert gewesen sei.

Nach Vernehmung weiterer Zeugen, die mit dem Angeklagten näher bekannt sind, und ihm einen guten Ratsmund ausstellen, schließt die Vernehmung ab. — Erster Staatsanwalt Dr. Stache beurteilt sehr scharf das Revolverattentat. Eine Notwehr habe nicht vorliegen. Ein Herr, der ein gewisses Ehrgefühl zu erfüllen habe, dürfe sich weder schlagen noch beschimpfen lassen. Der Angeklagte habe Marschner aber reichlich das wieder gegeben, was er ihm getan habe. Es komme hinzu, daß Marschner kein Kaufmann, sondern ein geachteter Bürger war. Der Staatsanwalt beantragt, den Angeklagten der vorläufigen Haft zu fassen, ihm aber mit Rücksicht auf die ganzen Verhältnisse mildernde Umstände zu bewilligen. Es nahmen darauf der Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon und Rechtsanwält Dr. v. Löwenstein das Wort, die den Standpunkt vertraten, daß der Angeklagte in Notwehr gehandelt habe.

Die Geschworenen zogen sich um 11 Uhr zur Beratung zurück und erkannten in ihrem Wahrspruch den Angeklagten der fahrlässigen Tötung für schuldig. Der Staatsanwalt beantragte daraufhin eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr. Die Verteidigung bat um eine weit geringere Strafe. Nach halbstündiger Beratung verurteilte der Vorsitzende des Gerichtshofes folgendes Urteil: Der Angeklagte wird zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, von denen 1 Monat in Anrechnung gebracht wird. — Nach Verlesung des Urteils wurde auf Antrag der Verteidigung der Haftbefehl gegen den Angeklagten aufgehoben.

Gerichtszeitung.

Schöffengericht.

Ein raffiniertes Hochstapler ist der 1867 in Wahren bei Göttröm geborene Privatgelehrte Karl Georg Albrecht Feig, der sich im November v. J. vor dem hiesigen Landgericht wegen Untreue, Entführung, Führung falscher Titel, Betrug um 100 000 Mark, Verleumdung und Verleumdung des Namens des Kaisers zu 4 Jahren Haft bestraft wurde. Diese Strafe verdirbt er gegenwärtig in Wahren. Sowie über diesen noch mancher Richtung hin interessanten Schwindler bis jetzt bekannt ist, wurde er als uneheliches Kind geboren, besuchte das Gymnasium zu Ludwigsfelde und studierte einige Semester, ohne jedoch die Doktor- und Professurwürde zu erlangen, die er sich beilegte. Feig ist eine würdige Erscheinung und gibt sich einen gehobenen Anstrich. Ueber seine Familienverhältnisse läßt er sich konsequent in Schweigen. Viele Jahre wählte er in der hiesigen „Geldhülle“ eine nicht unbedeutende Rolle, nannte sich außer Professor und Doktor auch Königl. Archivar, behauptete, vermandt und befreundet mit Fürsten und hohen Würdenträgern zu sein und fand überall Glauben. Er kam vor mehreren Jahren nach Wahren und lebte dort mit seiner Frau und hohem Wärdenträger zu sein und fand überall Glauben. Er kam vor mehreren Jahren nach Wahren und lebte dort mit seiner Frau und hohem Wärdenträger zu sein und fand überall Glauben. Er kam vor mehreren Jahren nach Wahren und lebte dort mit seiner Frau und hohem Wärdenträger zu sein und fand überall Glauben. Er kam vor mehreren Jahren nach Wahren und lebte dort mit seiner Frau und hohem Wärdenträger zu sein und fand überall Glauben.

Wittbürgergericht.

Wittbürgergericht. Am Sonntag den 17. Januar, nachmittags 2 Uhr (1), fiel es dem Unteroffizier Janke von der 6. Komp. des 177. Inf.-Regts. ein, die Schenke seiner Korporalchaft durchzuführen. Als er am Schranke des Refectens Heinz. Wag. Weile angelangt war und die geöffnete Geldschachtel sehen wollte, erklärte der Refectant: „Da haben der Herr Unteroffizier nicht hineingesehen; ich habe mich schon erkundigt!“ Dem Manne war nämlich vorgeschrieben worden, daß der Unteroffizier nicht in die Geldschachtel hineinschauen dürfe. Den zweiten Befehl befolgte er zwar, soll aber gestützt haben: „Ich werde mich beim Herrn Leutnant beschweren!“ Wegen dieser Vagatelie erhielt der Refectant die überaus harte Strafe von 28 Tagen strengem Arrest vom Standgericht aufgebracht. „Erkennengabe von Ungehorsam und Achtungsverletzung durch eine Drohung“ (!) hand unter Anklage. Die Berufung des Soldaten vor dem Kriegsgericht mit der Behauptung, daß der Unteroffizier bei der Beschwerde beim Leutnant (Weise bestritt diese Aussage) die Unwahrheit gesagt habe, war erfolglos. Dem Herrn Vorgesetzten wurde größeres Vertrauen entgegengebracht.

Veranstaltungskalender für Donnerstag.

Volk u. Speditionswärter. Abends 9 Uhr Versammlung im Volkshaus. Winter. Abends 9 Uhr Volkerversammlung im Volkshaus. Deutscher Arbeiter-Senotatographenbund. Ortsgruppe Dresden. Abends 8½ Uhr Liebesabend im Volkshaus. Arbeiter-Senotatographenverein. Dresden. Abends 8½ Uhr Liebesabend und Unterricht im Anfängerturnus bei Kämpfe.

Veranstaltungen.

Transportarbeiter. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung beschloß sich am 17. März mit dem im Juni d. J. in München stattfindenden Verbandsgeneralsammlung. Der Bevollmächtigte

werden von uns täglich zur Herstellung unserer Fabrikate verwendet, vornehmlich für die Spezial-Margarine-Marken

Rheinperle und Solo

die überall mit Vorliebe zu Tafel- und Küchenzwecken an Stelle teurer

Butter

verwendet werden.

Alleinige Fabrikanten: Holländ. Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, G. m. b. H., Soch (Holl.).



schützte die einzelnen Punkte der Tagesordnung und hob hervor, daß der Verband sich ein reiches Arbeitspensum zu erledigen haben werde. Nach einer kurzen ungesessenen Debatte wurde zur Beratung der eingegangenen Anträge geschritten. Es gelangten neun Anträge und eine Resolution zur Annahme, drei eingehende Anträge wurden abgelehnt. Darauf wurde die Aufstellung der Kandidaten für die Delegiertenwahl vorgenommen. Folgende Kollegen werden auf die Kandidatenliste gesetzt: Schiller, Kanofka, Schöne, Müller, Jäpel, Wecker, Herbst, Gedlich, Hamann, Fischer, Georgi, Wastmann. Der Vorsitzende teilt alsbald mit, daß die Wahlen am Sonntag den 18. April in den verschiedenen Bezirkslokalen stattfinden werden. Nähere Bekanntmachungen darüber werden noch in der nächsten Zeit erfolgen. (Eing. 23./3.)

Leit- und Spektationskäufer. In fünf öffentlichen Versammlungen, die teils überfüllt waren, nahmen am 16. März die in Fühlung betriebenen Beschäftigten Ratgeber und Arbeiter Stellung zum Stande der Lohnbewegung. Bei Grund des Beschlusses der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 8. März hat sich die Lohnkommission nochmals mit dem Arbeitgeberausschuss neuer Verhandlungen in Verbindung gesetzt. Derselbe hat aber beschlossen, handlungen in Verbindung mit der Lohnkommission Abstand zu nehmen, da die Unternehmern in Anbetracht der wirtschaftlichen Depression nicht in der Lage seien, weitere Zugeständnisse machen zu können. Zur Regelung der Lohnverhältnisse wurde schließlich von den Arbeitgebern der Lohnkommission empfohlen, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen. — Alle Diskussionsredner sprachen ihr lebhaftes Bedauern über das geringe Entgelt der Arbeiter aus. Diefelben seien wohl in der Lage, größere Zugeständnisse machen zu können, es fehle ihnen nur gute Wille dazu. Von mehreren Rednern wird ein Ideales in der Handlung empfohlen. — In allen Versammlungen gelangte es zu einer Resolution zur Annahme, in der der Lohnkommission folgende Forderungen entgegengebracht wird. Die Lohnkommission wurde ersucht, weitere Maßnahmen zu ergreifen, falls neue Verhandlungen mehr zugunsten kommen sollten. Ueber die Annahme der Resolution soll in einer Mitgliederversammlung für Schwerfächer entschieden werden. (Eing. 23./3.)



Die führende Position

unter allen Konkurrenzmarken nehmen die **Jasmatzi-Cigaretten** ein Jahr ständig steigender Konsum ist durch unerreichbare Qualität und größte Preiswürdigkeit voll und ganz gerechtfertigt.

Jasmatzi-Dubec

beste 2½ Pfg. Cigarette.

Bester Ersatz für Molkereibutter.

Die andauernd hohen Butterpreise haben die Veranlassung gegeben, das beste Ersatzmittel für Naturbutter — **Margarin** — immer mehr zu vervollkommen. Die uns seit Jahren mit grossem Erfolg hier eingeführte Fabrik **Dr. Max Kemmer & Co.** in Emmerich, deren Erzeugnisse wir allein am hiesigen Platze verkaufen, stellt nach einem besonders bewährten Verfahren **Margarin** her, zu welcher ausser extra saurem Rohmaterialien ganz besonders grosse Mengen Rahm und Milch verwendet werden. **Das Margarin** unter dem Namen

Emmericher Stolz

à 98 Pfennig pro Pfund

empfehlen wir hiermit wiederholt aufs beste und sind überzeugt, dass dieses beste Zeugnis der Margarine-Industrie sich in den weitesten Kreisen einbürgern wird, dass

- Emmericher Stolz vereinigt einen so ausgeprägten Wohlgeschmack mit so vollständiger Butterähnlichkeit, dass
- selbst bei aufmerksamer Prüfung der beste Butterkenner
- eine vollkommene Aehnlichkeit mit wirklich feiner frischer Molkereibutter zugeben muss und voll befriedigt sein wird.

Als ebenfalls ganz vorzügliche Erzeugnisse der Bremerischen Margarine-Fabrik empfehlen wir ferner:

Marke I Pfd. 80 Pf. Doppelereme Pfd. 88 Pf.

Auf diese billigen Verkaufspreise gewähren wir noch **6 Prozent Rabatt in Marken.**

Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein A.G.

Im Café Strehle
Kloppelstr. 22, hoch oben, Kufenh. Gutes Getränk u. saubere Bewirtung.
Fach-Götze — Alte Eiche.

Imperial-Kino
Moritzstrasse 3.
Hochinteressantes Programm.
Phantasiegemälde der Porzellanmalkunst. Roman der Schwester Luisa. Dramatisch. In einer Sitzung durch Paris. Schmitz. Der Gelegenheitsarzt. Humorvolle Szene, welche mehr Lustbühne darstellt. Der anonyme Briefschreiber. Spannendes Drama. Was die Langstübe erleben. Humoristisch. Ein Hoch der Politik. Humoristisches Politstück. St. Klida, die Prinz. Ihre Bewohner und Vogelwelt.
Tonbild:
Bauernhochzeit in Tirol.

Neues grünes Blüchtlofa
38 Nr., Bestelle m. neuer Probenkarte 29 Nr., nur verhältnismäßig u. verl. Corta, Kloppelestr. 22, p. b. Str.
Gleg. Blüchtlofa, neu, 38 Nr., bubach. Kloppelestr. 22 Nr., sofort zu verkaufen. Kloppelestr. 22, II.

Münchener Eber-Bräu
Halbliter und 10 Flaschen
Prämien
Bons
überall erhältlich

Weisse Bulldogghündin
11 Woch. alt, 1909 verk. verhältnismäßig. 1.22 Nr. verl. Kloppelestr. 22, im Café.

Konfirmanten-Anzüge
in grosser Auswahl.

Herren-Anzüge, Ueberzieher, Kinder-Anzüge
Anzahlung 5 Mark.

Paletots
Kostüme, Jacketts

Möbel
einzelne Gegenstände
sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen

Anzahlung 5 M. an wöchl. Abz. 1 M. auf **Kredit** nur bei

Anzahlung 5 M. an wöchl. Abz. 1 M. auf **Kredit** nur bei

S. Osswald
Dresden
Marienstrasse 12, I. u. II. Et. Kunden ohne Anzahlung.

Dresden
Marienstrasse 12, I. u. II. Et. Wagen ohne Firma.

Wir empfehlen: Die Volksbühne.
Einführung in klassische Dramen und Coen.
Bis jetzt erschienen:
Shakespeare, Hamlet.
Schiller, Wilhelm Tell.
Schiller, Kabale und Liebe.
Anzengruber, Der Wazzer von Rindfeld.
Hebbel, Maria Magdalena.
Ibsen, Nora.
Hauptmann, Die Weber.
Sogal, Der Kreml.
Ibsen, Holtzheim.
Rosenow, Kaiser Samps.
Langman, Vortel Turulet.
Wagner, Lannhäuser.
Kleist, Der verbrochene Krug.
Lessing, Nathan der Weise.
Hilde, Jugend.
Goethe, Faust I.
Boris a 10 Wf.
Zu beziehen durch:
Volksbuchhandlung, Zwingerstr. 21.

Die kleinste Anzahlung Zum Umzug Auf Kredit!!
kauft
Möbel, Betten
Polsterwaren
Herren- u. Damen-Konfektion, Hängelampen und Kronleuchter
in feinsten Ausführung nur bei
Elias Goldhammer
Dresden-A.
Pillnitzer Str. 14, I. Et.
Kleine Anzahlung!
Bequeme Abzahlung!
Schriftl. Bestellung, werden prompt u. unter strengster Diskretion ausgeführt

Gleichiges ordentl. Mädchen
im Alter 15-17 Jahr. für Hausarbeit u. Leben gesucht. Off. unter C. D. 34 Invalidendank Pirna erbeten.

12 Stück extra tiefe Schränke mit Stange, 30 Stk mit Matrassen à 28 Wf., 20 Truhen-Edelst. à 18 Wf. Hochwertige Gelegenheits für Hausleute! Rufen Sie uns an in allen Städten für 50 Wf. von Ihrer Kanzlei, nur beim

Möbel-Liebig, Gronprinzstr. 2.

Transparents mit Sinnprüchen
In verschiedener Ausführung zur Ausdehnung der Lokalen bei Arbeiter-Festlichkeiten, Maskieren u. dgl.
à Stück 1 Mk., 3 Stück 2.50 Mk., 6 Stück 4.75 Mk.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung.

Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden
Nach amtlichen Bestimmungen. (Es verstehen sich bei obigen Preisen für Fleisch mit Zulage, der obere Preis für Fleisch ohne Zulage.)

Name der Ware	Preis für 1/2 Kilogramm	
	21. März 1909	1. April 1909
Rindfleisch		
Brust	80-120	80-120
Bein	80-120	80-120
Bratenfleisch, Braten	80-120	80-120
Schmalz	80-140	80-140
Schmalz, ungeschälte	110-200	110-200
Schmalz, geschälte		
Schmalzfleisch	120-200	120-200
Schmalz	80-120	80-120
Schmalz	60-120	60-120
Schmalzfleisch		
Schmalz	75-120	75-120
Schmalz	75-120	75-120
Schmalz	60-100	60-100
Schmalzfleisch		
Schmalz	75-100	75-100
Schmalz	65-120	65-120
Schmalz	80-120	80-120
Schmalz	100-150	100-150
Schmalz	100-200	100-200
Schmalz	100-200	100-200
Schmalz	70-100	70-100
Schmalz	65-90	65-90
Schmalz	90-100	90-100
Schmalz	80-90	80-90
Schmalz	50-140	50-140
Schmalz	60-140	60-140
Schmalz	120-200	120-200

Die kleine Maria war ein wunderbares Kind...
Sie war ein Wunderkind, das alle Herzen eroberte...
Ihre Mutter war eine einfache Arbeiterin, aber sie hatte ein Herz aus Gold...

Ich habe euch schon erzählt, Herrmann...
Wie ich die kleine Maria gefunden habe...
Sie war so schön und so gut, dass ich sie nicht lassen konnte...

Der Herrmann war ein Mann...
Er hatte eine große Leidenschaft für die kleine Maria...
Sie war sein Leben, sein Alles...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Die kleine Maria war ein Wunder...
Sie hatte eine besondere Gabe...
Die Menschen um sie herum wussten es nicht...

Erbschaft Die Göttergötter Göttergötter...
Die Göttergötter Göttergötter...
Die Göttergötter Göttergötter...

Erziehung Sexuelle Erziehung...
Die sexuelle Erziehung...
Die sexuelle Erziehung...

Theater Theater...
Das Theater...
Das Theater...

Umfchau

Kunstvorträge Kunstvorträge...
Die Kunstvorträge...
Die Kunstvorträge...

Reisebericht Reisebericht...
Der Reisebericht...
Der Reisebericht...